

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2024



**Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**

**95-jähriger Zeitzeuge beeindruckt Schülerinnen und Schüler per Webkonferenz**

**Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949–1989–2024**

**Das fortschrittliche Erbe der Ukrainischen Volksrepublik (1917–1921)**

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt Stasi-Unterlagen-Archiv Berlin  
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock  
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig  
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 5 Zurück in die Zukunft!  
Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949–1989–2024  
Jugendliche auf den Spuren der Friedlichen Revolution  
Anker setzen – Demokratie leben

### Aufarbeitung

- 6 Sozialstudie ist für das Poesiealbum?
- 7 Gedenktafel für die Opfer der SED-Herrschaft am ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg  
Ist die Demokratie in Gefahr?
- 8 95-jähriger Zeitzugee beeindruckt Schülerinnen und Schüler per Webkonferenz

### Berichte

- 8 Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
- 10 Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- 11 Ausstellungseröffnung im Menschenrechtszentrum Cottbus
- 12 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 14 Beratungsbedarf zu SED-Unrecht in Sachsen
- 15 Grenzwanderung im ehemaligen Sperrgebiet

### Geschichte

- 16 Das fortschrittliche Erbe der Ukrainischen Volksrepublik (1917–1921)  
Je dicker die Suppe, umso besser für die Träger  
Ein mahnendes Gedenken!
- 17 Auch nach 60 Jahren unvergessen!

### Verbände

- 17 Kranz für die Opfer des 17. Juni 1953 am Mahnmahl Mauersteine in Koblenz
- 18 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.  
FREE-KUBA-Demo vom 11. Juli 2024 in Berlin
- 19 „Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente“
- 20 Nachruf auf Michael Baumgarten

### Service/Bücher

- 20 Transformation des Gedenkens  
Die Gedenkstätte Buchenwald bittet um Ihre Unterstützung!
- 21 Walter Schilling in Braunsdorf  
Klaus Höpcke, oberster Zensor der DDR-Literatur verstorben
- 22 Der große Wirtschafts-Transfer von Ost nach West nach 1945  
DDR im Plural

### Umschlagbild

Gedenkstätte Hoheneck.

Foto: Daniel Börner Geschichtswerkstatt Jena

## Editorial

# Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

am 11. Juli 2024 wurde die neue Gedenkstätte im ehemaligen zentralen Frauenzuchthaus Hoheneck gemeinsam mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier eröffnet. Heureka, könnte man da fast ausrufen! Viele Jahre Engagement unserer Frauen, viel Ärger und viel Zeit sind notwendig gewesen, um endlich diese Gedenkstätte der Öffentlichkeit zu übergeben. Mängel gibt es immer, aber die Freude überwiegt.

Nicht akzeptabel ist, dass die Stadt Stollberg den Innenhof der Gedenkstätte als Aufmarschplatz für Kundgebungen politischer Parteien zur Verfügung stellt. Auch wenn es sich hier einzig um die AfD handelt, so sollte diese Einschränkung für alle Parteien selbstverständlich sein. Platz gibt es in Stollberg ausreichend. Die Stadt ist Grundeigentümer und hat das alleinige Verfügungsrecht. Die allgemeinen Regeln von Respekt und Anstand sollten da eigentlich jedem klar machen, dass eine Gedenkstätte für die Opfer einer Diktatur nicht der Ort ist, um Wahlkampf zu machen. Herr Höcke: „Es fühlt sich schon wieder so an wie in der DDR“! Das sagt einer, der nicht in der DDR gelebt hat. Wir können so etwas nicht verhindern, aber wir können – anders als in der DDR – laut widersprechen.

In der Ausstellung im Zuchthaus Hoheneck werden u.a. auch die Strumpfhosen Iris und Sayonara ausgestellt, die ALDI millionenfach bei ESDA Thalheim eingekauft hat. ALDI verweigert sich – bisher – einem Gespräch, obwohl



Foto: Dombrowski

alle Fakten wie Lieferscheine auf dem Tisch liegen. Vor einigen Tagen sind unser Historiker Peter Keup und ich in der ALDI-Zentrale in Essen beim Pförtner abgewiesen worden. Wir geben natürlich nicht auf, im Gegenteil! In Kooperation mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die in 48 Ländern Sektionen hat, werden wir die ALDI Märkte im Ausland aufsuchen und den ALDI'S zeigen, dass da nicht 2 Irre in der ALDI Zentrale vorgeschrien haben, sondern entschlossene Bürger, die Respekt für die Opfer der SED-Diktatur einfordern. Helfen Sie mit, gern auch mit einer Spende, wenn Sie können.

Blieben Sie aufrecht und gesund!

Ihr Dieter Dombrowski

DDR-HAFTZWANGSARBEIT. FÜR DEN WESTEN. Eine Ausstellung des Master-Studiengangs Public History am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum im Wintersemester 2021/22 Katalog zur Ausstellung: [https://www.ruhr-uni-bochum.de/public-history/mam/content/katalog\\_ddrhaftzwangsarbeit-1-1.pdf](https://www.ruhr-uni-bochum.de/public-history/mam/content/katalog_ddrhaftzwangsarbeit-1-1.pdf)

# Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt **Magdeburg** im August 2024 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags von 14.00 bis 17.00 Uhr statt.

Der nächste Beratungstermin für den Landkreis Börde findet in **Haldensleben** – Landkreis Börde, Verwaltungsgebäude, Raum „Ohre“, Bornsche Straße 2, 39340 Haldensleben, am 07.08.2024 von 10.00 bis 16.00 Uhr statt.

Der nächste Beratungstermin für **Halberstadt** und den Landkreis Harz findet im Rathaus Halberstadt, kleiner Sitzungs-


saal, II. OG, Holzmarkt 1, 38820 Halberstadt, am 08.08.2024 von 10 bis 16 Uhr statt.

Der nächste Beratungstermin für den Landkreis Börde findet in **Oschersleben** – Landkreis Börde, Haus 3 Raum 205, Verwaltungsgebäude Triftstraße 9-10, 39387 Oschersleben, am 14.08.2024 von 10 bis 16 Uhr statt.

Der nächste Beratungstermin für die Hansestadt und den Altmarkkreis **Salzwedel** findet in der Hansestadt Salzwedel am 15.08.2024 von 10.00 bis 16.00 Uhr statt.

Der nächste Beratungstermin für das **Jerichower Land** findet am 21.08.2024 von 10.00 bis 16.00 Uhr statt.

Die nächste Beratung zu SED-Unrecht in **Oebisfelde** für den Landkreis Börde findet am 22.08.2024 von 10.00 bis 16.00 Uhr, Rathaus Weferlingen, Raum: Standesamt, Kirchplatz 10, 39356 Oebisfelde-Weferlingen statt.

Eine Anmeldung ist unter Telefon 0391/5 60-15 05 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich. Weitere Informationen unter: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de> 

## Stasi-Unterlagen-Archiv Berlin

### Einblick ins Geheime

Wochenend-Führungen zum Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort. 40 Jahre lang sicherte die Stasi die Herrschaft der Staatspartei SED. In ihrem „Kampf gegen den Feind“ dehnte sich das Ministerium für Staatssicherheit immer weiter aus – in Lichtenberg und der gesamten DDR. Mutige Bürgerinnen und Bürger sicherten 1990 hier die Unterlagen der Geheimpolizei nicht nur vor der Vernichtung, sie machten Mielkes Hauptquartier wieder zum öffentlichen Raum. Heute befindet sich hier das Stasi-Unterlagen-Archiv und klärt über das Wirken der Stasi und deren Unterlagen auf.

„Ein Monument der Überwachung“: Im Stasi-Unterlagen-Archiv lagern 111 Kilometer Akten, in denen vielfach persönliche Daten über Menschen gespeichert sind – gesammelt vom Staat. Die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ macht die Bedeutung dieses Archivs begreifbar. Nach der Führung haben Sie die Möglichkeit, unsere Beispielakten-Sammlung zu

besuchen. Sie besteht aus Reproduktionen originaler Stasi-Unterlagen. Neben Sachakten und Personalunterlagen von Stasi-Offizieren finden sich hier auch Akten von Betroffenen. Diese haben der Veröffentlichung ihrer Unterlagen zugestimmt und machen einen „Einblick ins Geheime“ möglich.

**Anmeldung** über [einblick-ins-geheime@bundearchiv.de](mailto:einblick-ins-geheime@bundearchiv.de) oder Tel. 030 18665-6770  
Adresse: Ruschestr.103, 10365 Berlin, „Haus 7“


### 5 Jahre Campus-Kino: Filme in der Stasi-Zentrale (Open Air 05.08. bis 29.08.2024)

Von Montag, 05. August, bis Donnerstag, 29. August 2024, wird der Innenhof der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ auch diesen Sommer zur Open-Air-Spielstätte: Das Campus-Kino präsentiert vier Wochen lang Filme zu DDR-Vergangenheit, Staatssicherheit, Archiv und Aufklärung. Alle Filme sind nach 1989 produziert und thematisieren Repression, Revolution

oder Aufarbeitung. Sie wecken Erinnerungen oder geben Raum für die Fragen von jungen Menschen. Am historischen Ort, vor der Kulisse von Stasi-Minister Mielkes ehemaligem Dienstsitz, lässt sich zur Aktualität der Vergangenheit ins Gespräch kommen. Die abendliche Vorführung startet mit Material aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Hinterher besteht die Gelegenheit, sich mit Filmschaffenden, Fachleuten sowie Zeitzeugen auszutauschen. Begleitend gibt es ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Ausstellungen und Führungen zum Thema des Abends. Detaillierte Informationen finden Sie auf der jeweiligen Terminseite.

### Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, außer für die Führungen.

Adresse: Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Ruschestraße 103, 10365 Berlin, im Innenhof

Mehr Informationen zum Programm: [www.stasi-unterlagen-archiv.de/campus-kino](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de/campus-kino) und <https://www.einblick-ins-geheime.de/termine/> 

## Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

**05. November 2024, 17.00 Uhr**, Einlass ab 16.30 Uhr

**Ort:** Latücht, Große Krauthöferstraße 16, 17033 Neubrandenburg

**Vortrag:** Dr. Karl-Heinz Bomberg

**Thema:** Was Menschen Menschen antun. Retraumatisierung politisch Verfolgter der DDR. Karl-Heinz Bomberg ist ein deutscher Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie sowie Anästhesie und Intensivmedizin. Er arbeitet als Psychoanalytiker in eigener Praxis, ist Dozent, Lehranalytiker und Supervisor der Arbeitsgemeinschaft für Psychoanalyse und Psychotherapie Berlin. Er ist zudem als Liedermacher und Autor tätig.

## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Rostock

### Dienstag, 13. August 2024, 13.00–16.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?  
**17.00 Uhr**, Vortrag und Gespräch: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste. Referent: Dr. Volker Höffer (Historiker, Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

**Ort:** Gemeindehaus, Kirchenplatz 4, 18119 Rostock-Warnemünde (Kooperation mit dem Heimatmuseum Warnemünde und der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Warnemünde)

### Dienstag, 03. Sept. 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?  
 Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

**Ort:** Grüner Weg 5, 18055 Rostock  
 (Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

### Mittwoch, 04. September 2024, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung: Einer Diktatur auf der Spur.

Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv  
 Bundesarchiv  
 Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock  
 Straße der Demokratie 2  
 18196 Waldeck-Dummerstorf

### Donnerstag 05. September 2024, 18.00 Uhr

Vortrag und Gespräch: DDR- Bausoldaten und die Stasi. Referent: Stefan Gerber (Prora)

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

**Ort:** Grüner Weg 5, 18055 Rostock  
 (in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock  
 Straße der Demokratie 2, 18196 Waldeck/Dummerstorf  
 Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de  
 Internet: [www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock)



## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Leipzig

### Öffentliche Führung

Mittwoch, 28. August 2024, 11.00 Uhr  
 Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“  
 Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an [leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de) wird empfohlen.

### Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.  
 Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.  
 Plakatausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zu fünf Themenbereichen und fünf Einzelschicksalen.

### Wechselausstellungen

05. Januar bis 31. Dezember 2024  
 Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur.  
 Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mählert und Stefan Wolle.

01. August bis 31. Dezember 2024

Titel: Die Stasi.  
 Modulare Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zur Tätigkeit der DDR – Staatssicherheit in den Regionen

### Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr  
 Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr  
 Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.  
 Der Eintritt ist immer frei.

### Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig  
 Dittrichring 24, 04109 Leipzig  
 Telefon: 0341 - 2247-3211; Fax: 0341 - 2247-3219  
 Internet: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)  
[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)



## Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

### Dienstag, 20. August 2024, 18.00 Uhr

Siegmar Faust, der zweifache politische DDR-Häftling präsentiert sein autobiografisches Werk: VERDOPPELTES LEBEN.

### Dienstag, 03. September 2024, 18.00 Uhr

Dr. Alexander Gogun, der russische Historiker von der Freien Universität Berlin präsentiert seine aktuellen Forschungsergebnisse: ROTE APOKALYPSE. Wie Stalin den III. Weltkrieg anzünden wollte.

### Dienstag, 17. September 2024, 18.00 Uhr

Oliver Diederichsen, der gelernte „Tresoröffner“ berichtet über seine Forschungsergebnisse zum Thema: „Stasi Secret Service Tools“: Erich Mielkes Panzerknacker.

Projektförderung: Berliner Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)  
 Öffnungszeiten: Montag–Donnerstag, 10.00–18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.  
 Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei:  
 Deutsche Bank DE38 1007 0848 0624 1822 00  
 BIC: DEUTDEDB110

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus  
 Nikolai Kirchplatz 5–7  
 10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)  
 Tel.: 030 – 283 43 27  
[www.Gedenkbibliothek.de](http://www.Gedenkbibliothek.de)



# Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949–1989–2024

Im Jahr 2024 realisieren die Deutsche Gesellschaft e. V. und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter dem Titel „Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949-1989-2024“ eine vierteilige Diskussionsreihe. 75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution lädt die Reihe dazu ein, vergangene Zukünfte zu erkunden: Welche politischen und gesellschaftlichen Ideen waren mit den Aufbruchmomenten 1949 und 1989 verbunden? Welche Sehnsüchte weckten sie bei den Menschen in Ost und West? Welche Prognosen haben sich erfüllt, welche sind längst überholt? Und inwiefern prägen unerfüllte Erwartungen und enttäuschte

Hoffnungen unsere Gegenwart? In Diskussionsrunden, Lesungen und Filmabenden wollen wir mit Zukunftsforscherinnen und Zukunftsforschern, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Expertinnen und Experten aus Gesellschaft, Politik und Kultur zukunftsweisende Antworten auf die Fragen unserer Gegenwart finden.

Am 17. September 2024 (ab 18.00 Uhr) laden wir Sie herzlich zur vierten Veranstaltung (Filmvorführung „Leipzig im Herbst“, Gerd Kroske, Andreas Voigt, DDR 1989, mit Gespräch) zum Thema „Zukunft erkämpfen: Proteste fürs ‚Morgen‘“ (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin) ein.

Es wirken mit: Knut Elstermann, Filmjournalist; Gerd Kroske, Autor, Regisseur und Filmproduzent; Dr. Katrin Hattenhauer, Malerin und DDR-Bürgerrechtlerin. Im Anschluss an die Veranstaltung laden wir bei einem kleinen Umtrunk zu weiteren Gesprächen über die Zukunft. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Kontakt:  
[zukunft@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:zukunft@deutsche-gesellschaft-ev.de) 



## Jugendliche auf den Spuren der Friedlichen Revolution

Auftakt der Schweriner Initiative 02. Oktober 1989 – 02. Oktober 2024

Rund 65 Schülerinnen und Schüler aus den Klassenstufen 9 bis 11 bzw. angehende Erzieherinnen und Erzieher aus fünf Schweriner Bildungseinrichtungen werden sich in den kommenden Monaten mit der Friedlichen Revolution 1989 in Schwerin beschäftigen und Bezüge zu Fragen von Demokratie und Freiheit heute herstellen.

Nach dem Startschuss von Initiatoren und Lehrkräften im März 2024 fand am 23. Mai in der Aula des Fridericianum ein WARM-UP statt, bei dem sich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Jugendliche kennenlernen und Themen und Termine verabreden konnten. Mehrere dieser Projekte werden eingeladen, ihre Ergebnisse

auf einer Veranstaltung am 2. Oktober 2024 um 16.00 Uhr in der Schweriner Paulskirche vorzustellen. Bereits in der Projektphase ist es möglich, die Schülerinnen und Schüler bei Ihrer Arbeit journalistisch zu begleiten und Interviews mit den beteiligten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu führen. Entsprechende Kontakte können über die Initiative vermittelt werden.

Am 02. Oktober 1989 – vor dann 35 Jahren – fand in der Paulskirche in Schwerin das DDR-weit erste öffentliche Treffen des Neuen Forums statt. Zahlreiche Teilnehmer hinterlegten damals ihre Privatadressen und luden ein, sich in den Folgetagen zu thematisch arbeitenden Basisgruppen zu treffen. Innerhalb weniger Tage ent-

stand so in allen drei Nordbezirken ein Netzwerk oppositioneller Kräfte.

Die Initiative 02. Oktober 1989 – 02. Oktober 2024 wurde von Frau Dr. Ulrike Petschulat und weiteren ehemaligen Mitgliedern des Neuen Forums ins Leben gerufen und wird unterstützt von der Friedensgemeinde Schwerin, dem Landesbeauftragten für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Landeszentrale für politische Bildung MV, vom PAULSKIRCHENMUSIK e.V., von Politische Memoriale e.V., dem Stasi-Unterlagen-Archiv Schwerin und der Stiftung Mecklenburg.

Burkhard Bley, Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Anker setzen – Demokratie leben

Ein Aktionstag für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Sorge um unsere Demokratie ist allgegenwärtig. Demokratie braucht Menschen, die sie mit Leben füllen, denn sie ist nichts Gegebenes, Starres, sondern stets im Werden begriffen. Unser Aktionstag „Anker setzen“ lädt zum Experimentieren und Diskutieren ein: Wo findet Demokratie ganz konkret im Alltag und Beruf statt und wie können wir sie gemeinsam gestalten? Neben Impulsen zur Bedeutung von Vertrauen, Wut und Streit für eine demokratische Praxis experimentieren wir mit kreativen Methoden, wie ein demokratisches Miteinander vermittelt und lebendig gestaltet werden kann. Dazu gibt es Workshops zu Betzavta, zu Demokratiebildung mit Game-based Learning und zu empowerndem Storytelling. Mit dabei: Ali Konyali, Christian Boeser, Bianca Stern, Max Adam, Sarah Wenzinger u.a.

**Zeit:** 13.09.2024, 10.00 bis 17.00 Uhr

**Ort:** Haus der EKD, Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin

Nähere Informationen finden Sie hier: [Anker setzen – Demokratie leben:  
 https://www.eaberlin.de/seminars/data/2024/09/anker-setzen-ao-demokratie-leben/](https://www.eaberlin.de/seminars/data/2024/09/anker-setzen-ao-demokratie-leben/)

## Sozialstudie ist für das Poesiealbum?

Der Gedenktag, der 13. August (Mauerbau 1961), sollte für mich und meine Begleitung ein beispielloser Tag der Herabwürdigung als ehemaliger politischer Häftling der SED-Diktatur werden. Auf der Gedenkfeier zum 13. August im Jahr 2023 auf dem Rathausgelände der Stadt Teltow beabsichtigte ich, Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke mit den Missständen des aktuellen Lebens von ehemaligen politischen Häftlingen der SBZ/DDR zu konfrontieren. Hierzu liegt u.a. seit November 2020 eine Sozialstudie mit dem Namen **„Die aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden, oder Unrecht erlitten und deren mitbetroffene Familien.“** vor ([https://aufarbeitung.brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/11/Sozialstudie\\_LAKD\\_BIS.pdf](https://aufarbeitung.brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/11/Sozialstudie_LAKD_BIS.pdf)).

Zitat Zusammenfassung: „Die Aufarbeitung des Unrechts, das Menschen in der ehemaligen SBZ und in der DDR widerfahren ist, bleibt ein generationenübergreifender Prozess, den die Betroffenen, ihre Angehörigen und die Gesellschaft nur gemeinsam und im Respekt gegenüber den unmittelbar und mittelbar Betroffenen gestalten können. Die überwiegend prekäre Situation beim Einkommen und die teils stark beeinträchtigte Gesundheit zeigen, dass Verbesserung notwendig ist. Gerade Personen, die stärker von den Folgen des Unrechts betroffen sind, sollten durch einfache Zugangswege unbürokratische und gut organisierte Unterstützung erhalten können. Denn neben der messbaren Verbesserung der Lebenslagen ist auch die gesellschaftliche Wertschätzung eine kollektive Aufgabe, die den Befragten auf ihrem – und das zeigen die Ergebnisse deutlich – sehr schweren Weg der Aufarbeitung und Milderung der Unrechtserfahrung moralisch und seelisch unterstützen kann.“ <https://aufarbeitung.brandenburg.de/wp-content/uploads/2021/04/Zusammenfassung-Studie.pdf>

Die vom Land herausgegebenen Statistiken lassen zudem den Schluss zu, in welcher Weise mit Betroffenen und mit ihrem Begehren auf Anerkennung von Verfolgungsschäden umgegangen wird. Das Land Brandenburg zeichnet sich durch die niedrigste Anerkennungsquote für diese ehemals politisch Verfolgten aus. Diese Sozialstudie sollte mir für das Gespräch als Grundlage dienen, Herrn Woidke drei Jahre nach Herausgabe dieser Studie mit der aktuellen Situation noch einmal zu konfrontieren und eine Antwort zu einzuholen, wie das Land Brandenburg gedenkt, die Missstände abzustellen. Denn trotz Studie hat sich prekäre Lebenslage vieler Betroffener bis heute nicht maßgeblich geändert.

Ich hatte versucht, Herrn MP D. Woidke im Innenhof des Rathausgeländes auf diese Studie nachdrücklich aufmerksam zu machen, wonach weder für die direkt Betroffenen noch für die unmittelbaren Angehörigen im Land Brandenburg seit Jahren nichts nachhaltiges geschehe, um deren prekären Lebenslagen effektiv zu verbessern. In sehr aufgebrachter Weise, so mein Eindruck, dementierte der Herr MP Woidke meine Fragen dazu. Seine Antwort, wonach er behauptete, es würde sehr wohl sehr viel für die Betroffenen getan, ließ ich jedoch nicht gelten, denn diese war meiner Ansicht nach falsch!

Auf meine Erwiderung verlor der MP Herr Woidke dann die Beherrschung und erklärte, dass ich „die Sozialstudie ins Poesiealbum stecken“ könne. Das war für mich nicht nur ein Affront im herkömmlichen Sinne, das war eine Verächtlichmachung der Betroffenen Bürger insgesamt. Darunter leidet auch die Glaubwürdigkeit der Landesregierung. Für Betroffene erlittener psychischer wie physischer Schäden bedeutet dieser Umgang die Wiederholung ihrer Traumata und es beutet eine Entwürdigung ihres realen Leidens. Die Sozialstudie aus dem Jahr 2020, die dem Land ca. 150.000 € kostete und die von Herrn Woidke als quasi wertlos eingeordnet wurde – ausgesprochen von einer Partei, der SPD, die mit den Kommunisten ehemals zur SED koalierte – belegt dagegen die genauen Zustände der „prekären Situation“ der Betroffenen.

Die Antworten von Herrn Woidke im Gespräch mit mir werden noch verstärkt durch das Handeln von Frau Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbei-

tung der Folgen der kommunistischen Diktatur in der DDR. Sie ermöglichte es ohne Widerstand, dass der Multimillionär Elon Musk 8,1 Millionen € Subventionen für seine Mega-Fabrik aus dem ehemaligen Parteienvermögen der SBZ/DDR erhielt. Gelder, die eigentlich der „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zustehen sollten. Unglaublich? Nein, denn für diese Darstellungen stehen ein Videobeweis als auch Zeugen zur Verfügung. Der rbb war ebenfalls mit der Kamera direkt dabei!

Laut Schreiben des Ministerpräsidenten Woidke vom Juni 2022 kann der Ministerpräsident nichts für ehemalige Gefangene der SBZ tun. Die Gesundheitsministerin, der das Versorgungsamt für die Beurteilung von gesundheitlichen Haftschäden untersteht, teilte mir mit, dass sie in „ein laufendes Verfahren – nach 35 Jahren! – nicht eingreifen möchte“ und die Außenministerin der Partei Die Grünen, Frau Baerbock, vergibt den hochdotierten Karlspreis an „politische Gefangene“ der Ukraine. Die ehemaligen „Väter der Einheit“ warten nun schon über 35 Jahre auf die Würdigung und Anerkennung ihrer Lebensleistung für Deutschland, ihrem Vaterland. Stattdessen werden ihnen Hohn und abfällige Bemerkungen entgegen geschleudert. Es waren die ehemaligen politischen Gefangenen der SBZ/DDR die wirklichen „Väter der Einheit“, denn diese waren die aktiven Gegner der SED-Diktatur.

Wolfgang Graetz, politischer Häftling in der DDR, Erstveröffentlichung in „Kümmels Anzeiger“ am 03.07.2024, <https://www.hauke-verlag.de/zeitungen/kuemmel-anzeiger/>

**Hinweis:** Die Verwendung ehemaliger SED-Vermögenswerte hat der Gesetzgeber rechtlich bestimmt. Die jeweilige Landesregierung entscheidet, wo und in welcher Weise die Vermögenswerte verwendet werden. Die UOKG und ihre Verbände setzen sich seit Jahren erfolgreich für die öffentliche und persönliche Würdigung der Opfer politischer Verfolgung sowie für die Verbesserung ihrer Lebenslage ein. Der Stacheldraht informierte zuletzt über die Entwicklung in der Ausgabe 5/24. **Die UOKG bietet allen Betroffenen rechtliche, soziale und psychosoziale Einzelberatung an.** Kontaktdaten siehe Impressum Stacheldraht und S. 23, oder im Internet: <https://www.uokg.de/verein/beratungsstellen/>

### Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

# Gedenktafel für die Opfer der SED-Herrschaft am ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg

## Welchen Stellenwert haben die Opfer der SED?

Die Stadt Neubrandenburg möchte nun also doch nach über 10 Jahren Vorarbeit durch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS e.V.) eine Gedenkstätte auf dem Areal des ehemaligen MfS Komplexes in Neubrandenburg einplanen. Dazu lud die Stadt zu einer Begehung des Areals am 11. Juni 2024 ein.

Wie Teilnehmer berichten, wurde zuerst ein Gedenkort abschüssig an einem kleinen Hang am Waldesrand vorgestellt. Mal ganz davon abgesehen, dass dieser Gedenkort aufgrund der Nähe zum Wald nicht umsetzbar ist, würden die geplanten umliegenden Häuser direkt auf den Gedenkort schauen. Ein ruhiges und würdiges Gedenken kann nicht auf dem Präsektienteller stattfinden. Die zweite Stelle befindet sich innerhalb der Mauern und hat schon einmal die Atmosphäre der SED und der Stasi deutlich besser eingefangen. Dort angekommen, stellten die Teilnehmer fest, dass Mauer und Wachtürme im Sommer nicht zusehen sind aufgrund der Vegetation.

In der Baracke an dem Ort lagerte die Stasi Waffen und Munition, was zu einer verbalen Entgleisung eines Opfers der SED-Diktatur führte, dessen Verein immerhin

schon etwas über einem Jahr an dem Thema dran ist: „Warme Sessel wollen finanziert werden“. Es bleibt festzuhalten, ohne das Engagement der VOS-Vertreter stünde dort nichts unter Denkmalschutz und das Areal wäre bereits komplett abgerissen. Es bleibt bei dem Grundsatz, geplant ist noch lange nicht gebaut. **Bitte hört endlich auf, sozialen Wohnungsbau gegen ein würdiges Gedenken auszuspielen.** Welchen Stellenwert haben die Opfer des Kommunismus? Gibt es schlechtes und weniger schlechtes Unrecht in Neubrandenburg? An der Frage, welchen Stellenwert die Opfer der SED haben, wird sich feststellen lassen, wie ernst es Neubrandenburg mit Demokratie, Freiheit und Toleranz meint. Eugen A. aus Neubrandenburg.

## Gedenktafel für die Opfer der SED-Herrschaft am ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg

Die Aufarbeitung des SED-Unrechts und des DDR-Unrechtsstaates ist ein Bekenntnis zur Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte. Muss man sich fragen, welche politischen Interessen und personellen Strukturen in Neubrandenburg die Aufarbeitung von SED-Unrecht verhindern wollten oder wollen? Wie kann es sein, dass sich einige Personen

des gesellschaftlichen Lebens gegen eine Erinnerung an die SED-Opfer stellen bzw. sich bei wichtigen politischen Entscheidungen zur Umsetzung der politischen Abstimmung weiterhin enthalten?

Die Anbringung der **Gedenktafel soll am 07. Oktober 2024 um 14.00 Uhr an der Graffiti-Mauer in der Neustrelitzer Straße 120 in 17033 Neubrandenburg** erfolgen. Die erforderlichen Mittel stellt Herr André Rohloff zur Verfügung. Mit der Spende von 300,00 Euro soll eine Gedenktafel angeschafft und an die Graffiti-Mauer des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg (jetzt Behördenzentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Nähe der Neustrelitzer Straße 120) angebracht werden. Die Kosten für die Anschaffung der Gedenktafel belaufen sich auf ca. 160,00 Euro. Für die Anbringung der Gedenktafel entstehen Kosten in Höhe von ca. 140,00 Euro.

**Die Gedenktafel soll folgende Inschrift erhalten:** „Zum Gedenken an die politisch Verfolgten und Opfer, die in der Zeit der SED-Herrschaft durch das Ministerium für Staatssicherheit Verfolgung, Repression und Gewalt erlitten, Gefangenschaft erlitten und Folter ausgesetzt waren.“

Lohamm, Neubrandenburg

## Ist die Demokratie in Gefahr?

Eine Demokratie schließt jegliche Gewalt- und Willkürherrschaft aus. Menschenrechte müssen eingehalten werden, unabhängige Gerichte müssen garantiert werden. Selbst die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung ist möglich.

In der Praxis gibt es aber verschiedene Ansichten über Demokratie. In der Deutschen Demokratischen Republik gab es die „richtigen Demokraten“ gemäß den Vorgaben der SED, aber es gab auch die „Anderen“, eigentlich friedliche Bürger. Die Macht des „Proletariats“ und die fast 100-prozentige Zustimmung per Wahl für die SED erschien so Manchem nicht als schlüssig. Bürger galten nicht als „angepasst“ oder übten sogar Kritik an der Re-

gierung. Bei der beruflichen Entwicklung wurde das natürlich berücksichtigt und in weite Lebensbereiche eingegriffen. Mehr als 100.000 Menschen versuchten aus dieser Maschinerie auszubrechen. Eine höhere dreistellige Anzahl von Menschen wurden von entsprechenden selbsternannten „Demokraten“ beim Fluchtversuch erschossen oder auf See von Bootschrauben zerfetzt. Unzählige Menschen überlebten Haft, Folter und Zwangsarbeit in der DDR nicht unbeschadet. Eigentlich kein tatsächlicher Kritikpunkt für gewisse bekannte, bereits schon damalige Bürger der BRD. Wohlwollend wurden von diesen in DDR-Staatsmedien Artikel verfasst, Radioansprachen in der DDR gesendet und/oder waren zu offiziellen Gesprächen bei FDJ und SED als gern gesehene Gäste

geachtet. Heute sind oder waren diese Personen sogar teilweise Repräsentanten des Staates.

Die Bundesrepublik hat ein Grundgesetz und die Verfassung der einzelnen Länder. Das Grundgesetz orientiert sich an (heute geltenden, A.,d. Redaktion) Grundwerten der Demokratie und nicht umgekehrt. Es ist beabsichtigt, dass alle Menschen in Freiheit leben, ihre Meinung frei sagen dürfen (soweit strafrechtlich relevante Gegebenheiten nicht überschritten werden). Die Gesetze gelten für alle Beteiligten, sowohl für Bürger als auch für den Staat.

In der Gegenwart werden Menschen zeitgleich verbal oder körperlich ange-




griffen, soweit sie konträre Meinungen zu verschiedenen Parteiprogrammen bekunden oder einfach nur ihre Rechte gemäß Grundgesetz wahrnehmen. Ausgrenzungen, Brandmauern und ein „mit Euch reden wir nicht“, sind dann keine Seltenheit. Hinzu kommt die Relativierung oder Verharmlosung der Verbrechen in deutscher wie europäischer Vergangenheit, indem ähnlich einer menschenverachtenden Mithaftung selbst unspektakuläre Personen als „Nazis“ bezeichnet werden. Es ist kein Geheimnis, dass Teile

der Bevölkerung sich einem Prozess der persönlichen Sozialisierung verweigern. Es war allerdings nicht zu erwarten gewesen, wie viel Mauer, Stacheldraht, Hass und destruktives Denken in manchen Köpfen heute noch steckt. Eine auf Demokratie basierende Gesellschaft achtet den Anderen als Mensch und akzeptiert auch die Tatsächlichkeiten einer Wahl. Erschreckend sind hierbei die Reaktionen und Wortmeldungen von verschiedenen Demokraten. Es ist an der Zeit, dass die Spielregeln in einer Demokratie offen the-

matisiert werden, um weiteren Schaden zu verhindern.

Matthias Schönherr, Erstveröffentlichung  
www.regionalspiegel-sachsen.de,  
Mittwoch, 10. Juli 2024

**Buchempfehlung:** Formen der Demokratie sind verschieden, je nach Ausgestaltung, historischem Hintergrund sowie aktueller Entwicklung.: Alexander Gallus, Eckhard Jesse: Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart, Böhlau-Verlag 2004. 

## 95-jähriger Zeitzeuge beeindruckt Schülerinnen und Schüler per Webkonferenz

In einer bemerkenswerten Zeitzeugenveranstaltung am 28.06.2024 bewies der 95-jährige Wolfgang Lehmann aus Rimbach (Odenwald), dass Alter und Technik keine Gegensätze sein müssen.

Mittels der Webkonferenzsoftware Alfaview teilte er seine eindrücklichen Lebenserfahrungen aus den Jahren 1944 bis 1950 mit den Schü-

lerinnen und Schülern der 10. Klasse eines Pädagogikkurses an der Europaschule Oberstufenzentrum (OSZ) Oder-Spree Fürstenwalde. Die Idee zu diesem außergewöhnlichen Zeitzeugengespräch kam von Ingolf Pötsch, einem engagierten Gedenkstättenpädagogen. Zusammen mit Wolfgang Lehmann meisterte er die Herausforderungen der modernen Technik und organisierte eine Veranstaltung, die bewies, dass digitale Kommunikation keine Altersgrenze kennt. Dank mehrfacher Vorbereitung und der benutzerfreundlichen AlfaviewSoftware konnte Wolfgang Lehmann, ohne den langen Weg von Odenwald nach Fürstenwalde antreten zu müssen, den Schülerinnen und Schülern direkt aus seinem Wohnzimmer heraus von seinen Erlebnissen berichten. Die Veranstaltung war technisch so aufgebaut, dass Wolfgang Lehmann über eine Kamera und ein großes Promethean ActivPanel 9 Bildschirm in Lebensgröße mit den Schülerinnen und Schülern interagieren konnte. Diese Anordnung ermöglichte eine persönliche Atmosphäre, die der einer physischen Anwesenheit in nichts nachstand. Wolfgang Lehmanns Bericht umfasste seine erschütternden Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges und der unmit-

telbaren Nachkriegszeit. Er sprach über den Verlust seines Bruders und seines Vaters, die Bombenangriffe, seine Zeit beim Volksturm sowie seine Verhaftung und die Deportation nach Sibirien. Besonders bewegend waren seine Schilderungen von Misshandlungen während der Verhaftung und das Leben im sowjetischen Speziallager Ketschendorf.

Nach seinem ergreifenden Bericht hatten die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, individuelle Fragen zu stellen, die Wolfgang Lehmann geduldig beantwortete. Die Fragen drehten sich um die Themen Misshandlungen, das Leben im Lager, sein Studium in der DDR, die Flucht aus der DDR und sein Leben in der Bundesrepublik. Diese besondere Veranstaltung bot nicht nur einen tiefen Einblick in ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte, sondern zeigte auch, wie digitale Technologien Generationen verbinden und Bildung auf innovative Weise bereichern können. Wolfgang Lehmann hat nicht nur als Zeitzeuge Geschichte lebendig gemacht, sondern auch als Technikpionier seiner Generation beeindruckt.

Foto und Text Ingolf Pötsch,  
Gedenkstättenlehrer Fürstenwalde



30. März 2024, Rimbach,  
Wolfgang Lehmann, 95 Jahre.

## Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

„Was lange währt, wird endlich gut“, sagt das Sprichwort. Das schrieb schon der römische Dichter Ovid vor über 2000 Jahren. Und: „Gut Ding will Weile haben“ Aber treffen die Redensarten auch auf Schloss Hoheneck zu? Die neue Gedenk-

stätte am Stadtrand von Stollberg war 35 Jahre nach Mauerfall über überfällig. Ich maße mir hier nicht an, die unzähligen politischen Bremsklötzer, echten Probleme und unschönen Streitigkeiten (auch unter Opfern) zu beurteilen. Hier soll das Posi-

tive im Mittelpunkt stehen. Endlich hat der letzte zentrale Ort der SED-Repression seiner DDR-Bürger eine Gedenkstätte. Und das ist die positive Nachricht, obwohl unklar bleibt, warum ausgerechnet den Frauen zu allerletzt gedacht wurde.

**Am 11. Juli 2024 wurde nun endlich im Beisein des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und zahlreicher Zeitzeuginnen die „Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck“ im sächsischen Stollberg eröffnet.**

Eine Dauerausstellung erinnert mit Haftbiografien an viele Schicksale, zeigt das Arbeitsregime und die unterschiedlichen Foltermethoden gegen die Frauen. Als Stunde Null in der DDR-Geschichte Hohenecks kann der 11. Februar 1950 gelten. An diesem Tag kamen in das geräumte Gefängnis in Stollberg im Erzgebirge 1.119 Frauen und 30 Kleinkinder. Allesamt waren sie zwischen 1945 und 1950 durch sowjetische Militärtribunale (SMAD) verurteilt und zuletzt im Speziallager Sachsenhausen (Ortsteil von Oranienburg) interniert.

Wenige Monate nach dem Juni-Volksaufstand in der DDR, im Oktober 1953, kam es zu einem dreitägigen Hungerstreik, an dem sich über 1000 Frauen beteiligten. In

einem Teil des Erdgeschosses im Südflügel wurden 1974 verschiedene Arrestzellen eingerichtet. Darunter befinden sich drei Zellen mit einer zusätzlichen Vergitterung im Haftraum, der sogenannte Tigerkäfig und eine Dunkelzelle.

Rund 25.000 Frauen waren hier bis 1989 inhaftiert. Einige starben auch, u.a. durch Suizid. Zur historischen Wahrheit gehört, dass unter den Insassinnen auch viel Kriminelle waren, die sich schwerster Verbrechen schuldig gemacht hatten, auch Tötungen der eigenen Kinder. Der Umstand verschaffte dem Zuchthaus während der DDR den unrühmlichen Namen „Mörderburg“. Offiziell im SED-Deutsch hieß das Gefängnis Strafvollzugseinrichtung (StVE).

Die Einrichtung der Dauerausstellung und die Sanierung der für die Gedenkstättenarbeit relevanten Gebäudeabschnitte wurden durch eine Bund-Landesförderung möglich, wobei der Bund und der Freistaat Sachsen jeweils 709.206 Euro beisteuerten.

Die StVE Stollberg hatte eine besondere Beziehung zur StVE Cottbus. Wenn Ehepaare bei der „Republikflucht“ erwischt wurden, kamen die Männer meistens ins Zuchthaus Cottbus und ihre Frauen ins Zuchthaus Hoheneck. Diese besondere Geschichte inklusive der damit verbundenen Tragödien um die gemeinsamen Kinder ist bisher kaum erforscht. In meinem Buch „Zuchthaus Cottbus“ gehe ich darauf ein. **Gern können sich betroffene Zeitzeugen (Ehepaare, auch Kinder) bei mir melden (tomas.kittan@t-online.de).** Dazu auch der Beitrag von Dr. Tomas Kittan im Stacheldraht 4/24, S. 14.

Zurück zu Eröffnung: Am verlegten Gedenkstein von außerhalb in die neue Gedenkstätte legten zu Beginn der Bundespräsident gemeinsam mit den früheren politischen Insassinnen Konstanze Helber und Regina Labahn Blumen und Kränze nieder. Dann besuchte er mit ausgewählten Zeitzeuginnen die Hafträume und führte angeregte Gespräche. Auch später



Der große Saal während der Eröffnung Gedenkstätte Hoheneck am 11.Juli 2024. Früher die Gefängnisküche. Foto: Tomas Kittan



Blick auf den Innenhof der Gedenkstätte Hoheneck während der Eröffnung. Foto: Tomas Kittan



Jana Schlosser. Ein präsentiertes Frauenschicksale in Hoheneck. Foto: Tomas Kittan



Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit ehemals inhaftierten Frauen während der Eröffnung Gedenkstätte Hoheneck. Foto: Tomas Kittan



Gefängnisstrakt Hoheneck. Foto: Christoph-Lucas Hütter

auf den Innenhof in der einst „verbotenen Zone“, ein Schild aus DDR-Zeiten.

Höhepunkt war dann der Festakt in der alten Gefängniskirche mit der Orgel mit rund 100 geladenen Gästen. Besonders bemerkenswert an der Rede des Bundespräsidenten war, dass unser Staatsoberhaupt erstmals öffentlich die Firmen kritisierte, die sich an der Haftzwangsarbeit aus den DDR-Gefängnissen bereicherten und sich bis heute der Aufarbeitung verweigern.

Kaum zu glauben: Ausgerechnet am Tag der Eröffnung sagte die Aldi-Geschäftsführung dem UOKG-Vorsitzenden Dieter Dombrowski ein mehrfach erbetenes Gespräch ab, weil es angeblich keine Anhaltspunkte für die Nutzung der Haftzwangsarbeit aus DDR-Gefängnissen gab.

Umrahmt wurde der Festakt von Johann Sebastian Bachs „Ein feste Burg ist unser Gott“ (Cantata BWV 80), gespielt von Alice Schröder (Violine) und Christian Ahner an der Orgel.

Anschließend trug sich der Bundespräsident ins „Goldene Buch“ der Stadt

Stollberg und das Buch der Gedenkstätte Hoheneck ein. Nicht presseöffentlich war dann das Gespräch von Frank-Walter Steinmeier mit betagten SMTlerinnen. Auch mir wurde die Teilnahme nicht ermöglicht. Einen Einblick zu Zeitzeugen erhalten Sie stattdessen hier: „Nach 46 Jahren – Berliner in DDR-Frauenknast: zurück“ <https://www.bz-berlin.de/berlin/ddr-frauenknast>; Ines Veith. Hoheneck. Frauen in politischer Haft. 1950-1989. Erfahrungen und Erinnerungen, Merch Movie Edition 2001, 235 S., ISBN: 3-9801721-8-X..

Bei einem Empfang mit Sekt und Orangensaft im leider schwülen Dachgeschoss des Zellenhauses ging der Eröffnungstag zu Ende. Danach kam ein Wolkenbruch.

Viele der früheren Hoheneckerinnen blieben noch einen weiteren Tag, übernach-

teten dazu in Chemnitz und trafen sich am Freitag zu persönlichen Begegnungen mit Haftkameradinnen. Für viele war das der eigentliche Höhepunkt ihrer Rückkehr an den Ort ihrer schlimmsten Erinnerungen. Im Vorfeld der Eröffnung gab es viel Kritik, dass die geladenen Zeitzeuginnen teilweise oder ganz ihre beträchtlichen Reisekosten selber tragen mussten.

**Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck UOKG News:** <https://www.youtube.com/watch?v=SMj4Z3PWgUA>

**Webseite der Gedenkstätte:** <https://www.gedenkstaette-hoheneck.de/>

**Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.:** <https://www.verfolgteddrfrauen.de/>

Dr. Tomas Kittan



Regina Labahn legt mit dem Bundespräsidenten Kränze im Innenhof des ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck am versetzten Ehrenstein im Innenhof nieder. Foto: Christoph-Lucas Hütter

## Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Um „DANKE“ zu sagen, gibt es einen besonderen Anlass: Vom 24. bis 26. Mai 2024 hat in Erkner der 27. Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zum Thema „Jugend unter Generalverdacht? stattgefunden.

Ich war anwesend und bin gedanklich noch sehr oft bei den Eindrücken, die ich

mit nach Thüringen nahm. Das brachte mich zum Nachdenken: Für vieles bin ich dankbar, aber bringe ich das auch zum Ausdruck? Genau das will ich an dieser Stelle tun: Dank möchte ich den Veranstaltern aussprechen, denn ohne sie wäre dieser Kongress nicht möglich gewesen.

Dankbar bin ich auch der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, Frau Evelyn Zupke, für ihren professionellen Blick auf die aktuell beabsichtigte Novellierung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR. Ein

herzliches Dankeschön geht auch an Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Dr. Maria Nooke, sowie an das gesamte Organisations- sowie Willkommensteam, das sich gegenseitig wunderbar ergänzt hat. Die Gäste wurden mit einem „Herzlich willkommen; schön, dass sie da sind!“ begrüßt. Diese Worte waren genauso gemeint, denn den Teilnehmern wurde quasi fast jeder Wunsch von den Augen abgelesen und eine Wohlfühl-Tagungsatmosphäre für die gesamte Konferenzdauer geschaffen.

Ich bin aber auch Betroffenen begegnet, die mich ihre Lebens- und Familiengeschichte erfahren ließen, ihre Weltsicht mit mir teilten. Das gegenseitige Bestärken für das Festhalten privater Erinnerungen und ein konsequentes öffentlich machen des erfahrenen Unrechts mit all seinen Folgen kamen bei dem Gedankenaustausch nicht zu kurz. Der erlebte Dialog ist ermutigend für die täglichen Herausforderungen meines Ehrenamtes, denn es gilt vor allem, die richtigen Impulse zu geben und Hoffnung zu stiften. Außerdem brauchen wir als Betroffene des SED-Unrechts die Gewissheit, eingebunden zu sein in die Gemeinschaft der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen.

Der Zeitpunkt des Stattfindens der Konferenz war für einen Austausch zum beabsichtigten Sechstes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR sehr günstig; der Referentenentwurf vom 15. Mai 2024, erstellt durch das Bundesjustizministerium, lag vor. Frau Zupke erörterte mit Blick auf das anstehende Gesetzgebungsverfahren die wichtigen Details und ging auf gravierende Problemstellungen ein, die im Interesse der Betroffenen geklärt werden müssen. Deshalb berührte mich ihr starkes Signal, für diese Anliegen nichts unversucht lassen zu wollen. Auch die Zusage durch Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke, so in seiner Rede zur

Kongresseröffnung mit Festveranstaltung am 24. Juni 2024, lässt auf eine Unterstützung hoffen, damit alle Anliegen Berücksichtigung finden.

Mein Dank gilt der erfahrenen konstruktiven Debatte, dem regen Meinungs-austausch mit anderen anwesenden Verfolgtenverbänden und den vertrauensvoll geführten Vieraugen-Gesprächen. Darauf aufbauend nahm der BdZ, der die Interessen der Zwangsausgesiedelten in der DDR mit einem nicht nachlassenden Engagement vertritt, sachlich fundiert sowie termingemäß die Stellungnahme an das Bundesjustizministerium vor. Gestärkt fühlt sich der BdZ nach wie vor durch den Mut der verstorbenen Mitglieder, die im Gründungsmonat Mai 1990 den Kampf für Rehabilitation und Wiedergutmachung begannen. Deshalb sollte sich die Gesetzgebung für die nunmehr zu treffenden gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht „schämen“ müssen – auf ein Handeln für die Wahrung der Würde der Zwangsausgesiedelten kommt es an! Wie ernst der Bundesregierung diese Absicht ist, werden die Betroffenen von der Höhe der beabsichtigten Einmalleistung ableiten, denn der aktuell vorgeschlagene Betrag von 1.500 Euro entspricht keines-

falls einer angemessenen Entschädigung. Letztendlich dürfen die beabsichtigten Schritte die Zwangsausgesiedelten nicht politisch-moralisch als Opfer zweiter Klasse herabwürdigen, so dass im Fokus der Kritik ebenso die vorgesehenen Ausschlusskriterien stehen. Dies wäre ein moralischer Skandal!

Abschließend noch ein Dank für alle Facetten des in Erkner erlebten Zusammen-seins und für so viel mehr. Es hat wirklich alles gepasst! Dass eine durchgeführte Veranstaltung mehr als positiv eingeschätzt wird, soll anspornend für den bereits terminierten 28. Bundeskongress sein.

Marie-Luise Tröbs,  
Präsidentin des BdZ e.V.



Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Foto: Christoph-Lucas Hütter



Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – Evelyn Zupke. Foto: Christoph-Lucas Hütter



Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur-Marie-Luise Tröbs in der Mitte. Foto: Christoph-Lucas Hütter

## Ausstellungseröffnung im Menschenrechtszentrum Cottbus

Eröffnung der neugestalteten Dauer-ausstellung zur NS-Zeit im ehemaligen Cottbuser Gefängnis und heutigem Menschenrechtszentrum. Am Dienstag, den 09. Juli, wurde die neugestaltete Dauer-

ausstellung zur Geschichte des Cottbuser Gefängnisses während der Zeit des Nationalsozialismus feierlich eröffnet. Die Veranstaltung des Menschenrechtszentrums Cottbus fand in der Pentacon-Halle des

ehemaligen Zuchthauses der Stadt vor über 130 Teilnehmern statt.

Die Eröffnung begann mit der Begrüßung durch Dieter Dombrowski, den Vereinsvorsitzenden des Menschenrechtszentrums. Heide Schinowsky, die Gedenkstättenleiterin, führte als Moderatorin durch das Programm. Es folgten Grußworte



von Kultur-Staatsministerin Claudia Roth, Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke, Bürgermeisterin Mariette Tzschoppe und Dr. Sabine Kuder, der Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats. Dr. Eva Fuchslocher gab anschließend eine Einführung in die neugestaltete Ausstellung.

Ein besonderes Highlight der Veranstaltung war die Teilnahme von Angehörigen ehemaliger Inhaftierter, die heute unter anderem in den USA, Belgien, Norwegen und in Frankreich leben und ihre Erinnerungen an die dunkle Zeit teilten. Die Ausstellung beleuchtet anhand ausgewählter Biografien den Strafvollzug in Cottbus von 1933 bis 1945. Sie erzählt die Geschichte des Jugendgefängnisses (bis 1936), des Frauengefängnisses (1937/38) und schließlich des Frauenzuchthauses (1939-45). An diesem historischen Ort erinnert die Ausstellung an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.

„Das Cottbuser Gefängnis war während der NS-Zeit Teil der Repressionsmaschi-

nerie, mit der all jene verfolgt wurden, die nicht in das Weltbild passten“, erläuterte die Geschäftsführerin des Cottbuser Menschenrechtszentrums, Heide Schinowsky.

Widerstand gegen die Diktatur, religiöse Überzeugungen oder Verstöße gegen eine Vielzahl neuer Gesetze und Verordnungen führten viele Menschen vor Gericht und anschließend in den Strafvollzug. Nach Kriegsbeginn wurden auch zahlreiche Menschen aus den besetzten Staaten in deutschen Gefängnissen inhaftiert, darunter in Cottbus vor allem Personen aus Frankreich, Belgien und Polen. Zu den hier inhaftierten Gruppen gehörten u. a. Widerstandskämpferinnen der „Roten Kapelle“ oder die in Untersuchungshaft befindlichen Frauen des Hamburger Zweigs der Weißen Rose, wie Traute Lafrenz. Aber auch viele Polinnen, Französinen und Belgierinnen wurden in Cottbus inhaftiert. Unter den Gefangenen in Cottbus war auch Hilde Berger, deren Geschichte durch Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“ weltbekannt wurde.

„Die Ausstellung basiert auf dem neuesten Forschungsstand und vielfältigen Recherchen in zahlreichen Archiven. Sie nutzt moderne Medien, um die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft, die Lebensbedingungen der Gefangenen, die wachsende Bedeutung der Haftarbeit, das Personal und die Rolle des Strafvollzugs im System der politischen Justiz darzustellen“, so Schinowsky. Ein besonderes Augenmerk liege dabei auf der Überstellung von Zuchthaushäftlingen in Konzentrations- und Vernichtungslager, die mit einer drastischen Verschlechterung der Haftbedingungen verbunden war und vielen das Leben kostete.

Heide Schinowsky,  
Geschäftsführende Vorsitzende des  
Menschenrechtszentrums Cottbus e.V.  
(MRZ) und Gedenkstätte Zuchthaus  
Cottbus, Bautzener Str.140,  
03050 Cottbus  
Web: [www.menschenrechtszentrum-cottbus.de](http://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de)

## Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, **es ist 1957. Ein Junge steht auf einem Bahnsteig in Ost-Berlin.** Er wartet. Ein Zug kommt, Leute steigen aus, der Bahnsteig leert sich wieder, nur eine ältere Frau bleibt stehen. „Geh mal hin und frag, ob das deine Mutter ist!“ wird der kleine Junge von seiner Begleitung aufgefordert. Nein, die Frau ist nicht seine Mutter. Sie ist eine Tante, die die Mutter geschickt hat, weil sie sich selbst nicht mehr nach Ost-Berlin traut. Die Tante aber nimmt den Jungen mit nach West-Berlin. Dort angekommen, rennt eine kleine Frau auf ihn zu. Unter Tränen erklärt sie ihm, dass sie seine Mutter ist. Für ihn aber, ist sie nur eine Fremde. Der Junge, damals neun Jahre alt, ist Alexander Latotzky.

**Seine Mutter, Ursula Hoffmann, war eine der ca. 30.000 weiblichen politischen Häftlinge der DDR.** Sie war eine der ca. 8.000 Frauen, die aus politischen Gründen in Hoheneck inhaftiert waren. Alexander Latotzky kam in Haft zur Welt. Seine Mutter war wegen angeblicher Agententätigkeit von einem sowjetischen Militärtribunal zu 15 Jahren Strafzarbeitslager verurteilt worden. Als man beide 1950 in einem Transport von Sachsenhausen nach Hoheneck verlegte, trennte man den knapp Zweijährigen von seiner Mutter.

**Ihr Weg führte in die Hölle von Hoheneck.** Sein Weg durch die Kinderheime einer unmenschlichen Diktatur. Sieben Jahre ohne seine Mutter. Sieben Jahre ohne seine Familie! Hoheneck erzählt uns die Geschichte der tausenden Frauen, die zu Unrecht inhaftiert wurden. Hoheneck war aber nicht nur ein Riss durch das Leben von tausenden unschuldigen Frauen. Hoheneck steht zugleich auch für den Schmerz der Kinder, deren Leben durch die Inhaftierung der Mutter, von einem Tag auf den anderen, nicht mehr das Gleiche war.

**Am 11. Juli 2024, 35 Jahre nach dem Ende der DDR, wurde die Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck durch Bundespräsidentin Steinmeier eröffnet. Endlich, möchte ich sagen.** Viel zu lange haben wir als Gesellschaft gebraucht, um den besonderen Wert dieses Ortes zu erkennen.

Zu erkennen, wie wichtig es ist, sich mit den Frauen im Widerstand und ihrem Leid auseinanderzusetzen. Die weiblichen politischen Gefangenen in Hoheneck waren vor allem wegen „ungesetzlichem Grenzübertritt“, vermeintlicher Spionage, so genannter „öffentlicher Herabwürdigung“ oder „Propaganda für den Klassenfeind“, Fluchtversuchen, Mitwis-

senschaft bei Fluchtvorbereitungen oder auch nach gestellten Ausreisearträgen verurteilt worden. Sie übten politischen Widerstand in der DDR, traten für ihr Recht auf Selbstbestimmung, für ihre Freiheit ein und wurden zu Opfern eines menschenverachtenden Systems.

**35 Jahre ist es her, dass die letzten politischen Häftlinge aus Hoheneck entlassen wurden.** Spätestens mit der Eröffnung der Gedenkstätte haben sich die ehemaligen Hoheneckerinnen diesen Ort zurückerobert. Heute werden in Hoheneck die Schicksale der Frauen dargestellt. Aus dem ehemaligen Ort der Unterdrückung wird so ein Ort der politisch-historischen und der demokratischen Bildung. Es ist einer der vielen Siege des Freiheitswillens von Menschen über die Diktatur.

Ich weiß noch, als wäre es gestern gewesen, wie ich im Sommer vor drei Jahren, bei meiner ersten Reise als SED-Opferbeauftragte, zum Frauenkongress der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft erstmals nach Hoheneck kam. Mich hat die Wucht dieses Ortes und die Begegnungen mit den Hoheneckerinnen tief im Innersten erschüttert. Nicht losgelassen hat mich, als Carla Ottmann mit mir durch das Hafthaus

lief und mir von ihrer Zeit in Hoheneck berichtete. **Was die Frauen dort an Grauen erleben mussten, war mit Händen zu greifen** – in den Zellen, in den Verhörräumen, in ihren Schilderungen. Kindesentzug, Gewalttätigkeit, psychische Folter, Isolations- und Dunkelhaft, permanente Kälte, dauerhafte Nässe, schlimmste hygienische Bedingungen, Überbelegungen und gesundheitsgefährdende Haftzwangsarbeit. **Haftzwangsarbeit teils auch für westdeutsche Unternehmen.** Unternehmen, und dies beschämt mich zutiefst, die bis heute nicht zu ihrer Verantwortung stehen.

Ich bin dankbar, dass ich im November 2022 der Kulturstaatsministerin Claudia Roth diesen Ort zeigen konnte und auch sie die mutigen Frauen von Hoheneck kennenlernen durfte. Tief beeindruckt war sie von den Schilderungen der Frauen, von all dem Leid, was sie erdulden mussten. Aber ebenso beeindruckt war sie von dem Engagement der ehemaligen Hoheneckerinnen, diesen Ort zu einem Ort der Aufklärung zu machen.

Ja, es war ein langer Kampf, ein langer Weg, diesen historischen Ort zu erhalten und eine Dauerausstellung zu erarbeiten. **Dass das Frauenzuchthaus Hoheneck zu einer Gedenkstätte geworden ist, ist keine Selbstverständlichkeit.** Es ist ein großer Erfolg. Ein Erfolg, der viel Kraft und viele Unterstützerinnen und Unterstützer bedurfte. Vor rund 10 Jahren besuchte der damalige Bundespräsident Hoheneck. Sein Besuch war ein ganz wichtiges Signal.

Ich bin auch der Stadt Stollberg dankbar für ihr langjähriges Engagement. Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Kommune sich für solch ein Projekt, für eine Gedenkstätte auf einem höchst baufälligen Areal, so umfassend und über so viele Jahre auch mit erheblichen finanziellen Mitteln einsetzt. Mein Dank gilt selbstverständlich auch dem Freistaat Sachsen, der sächsischen Landesbeauftragten und dem Bund. Ohne die kontinuierliche Förderung von Land und Bund hätte die Gedenkstätte nicht errichtet werden können.

Seit Anfang dieses Jahres schließt sich nun ein Kreis: Auch der Bund beteiligt sich seit diesem Jahr an den Kosten des Betriebes der Gedenkstätte. Hoheneck wird somit zur Gedenkstätte von nationaler Bedeutung! Der Bundestag, wie zuvor der Sächsische Landtag, sendet damit ein klares Signal an die ehemaligen weiblichen politischen Gefangenen: „Wir



Foto: © Team Zupke, Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke mit den ehemaligen Hoheneckerinnen Konstanze Helber und Regina Labahn beim Podiumsgespräch über die Zukunft der Gedenkstätte Hoheneck, anlässlich der Eröffnungsveranstaltung „Gedenkstätte Stollberg – Frauenzuchthaus Hoheneck“ am 11. Juli 2024.

vergessen euch nicht! Euer Leid, Eure Geschichte, ist Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte!“

Wenn wir uns über die Eröffnung der Gedenkstätte freuen, dürfen wir eines nicht vergessen. Der Wunsch, an diesem Ort eine Gedenkstätte zu errichten, kam aus der Mitte der ehemaligen inhaftierten Frauen. Über Jahre hinweg haben sie für diesen Ort gekämpft und ja, auch immer wieder gestritten.

Sie haben das Schweigen über das, was hinter diesen Mauern in Hoheneck und weiteren Gefängnissen wie dem Roten Ochsen oder Hohenleuben passierte, gebrochen. **Hoheneck war keine Episode im Leben einer Frau.** Nein, Hoheneck ist eine Last, die man durchs Leben trägt. Eine Last fürs Leben, nicht nur für die Frauen selbst, sondern meist ebenso für ihre Kinder.

Alle politisch Inhaftierten haben wertvolle Lebenszeit verloren. Viele leiden bis heute an den gesundheitlichen Langzeitfolgen der Haft. Häufig wurden Familien auseinandergerissen, manchmal brachen sie für immer auseinander. Gelitten haben viele. **Denn die Repression traf oft eben nicht nur die inhaftierten Frauen. Sie traf auch ganze Familien, Partner und Kinder.**

Als SED-Opferbeauftragte wünsche ich mir daher, dass wir gerade die Kinder der politisch Verfolgten, endlich stärker wahrnehmen und sie besser auf ihrem Weg

unterstützen. Die Folgen der Inhaftierung, die traumatischen Erfahrungen wirken fort – auch in die nächsten Generationen. Diesen Schmerz kann man nicht nehmen.

Ich bin überzeugt davon, dass gerade die Erlebnisse der Hoheneckerinnen und ihrer Familien uns dabei helfen können, wachsam zu sein für den unschätzbaren Wert von Freiheit und Demokratie. Für diese Auseinandersetzung mit unserer Geschichte braucht es aber Orte. Orte, wie die Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck. **Das aus dem Ort des Leidens ein Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerspruch geworden ist, ist ein großer Erfolg.** Ein Erfolg der Hoheneckerinnen. Es ist aber nicht nur ihr Erfolg. Es ist gleichzeitig ein Geschenk der weiblichen ehemaligen politischen Gefangenen an unsere Gesellschaft und die jüngeren Generationen.

Nie wieder Diktatur!

Ihre Evelyn Zupke

## Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Beratungsbedarf zu SED-Unrecht in Sachsen

Rückblick auf die mobile Beratungsinitiative der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Frühjahr 2024. Zwischen März und Juni 2024 hat die Sächsische Landesbeauftragte wieder regionale Beratungen in ganz Sachsen durchgeführt. An zehn verschiedenen Orten – darunter Wurzen, Coswig, Delitzsch und Hoyerswerda – haben Utz Rachowski und Maximilian Heidrich über die Rehabilitierung und Entschädigung von DDR-Unrecht informiert. In sieben Städten fand die Beratung zusammen mit dem Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv statt. In Zwickau war durch Heidrun Jochum erstmals die Lebensberatungsstelle der Diakonie mit vertreten. Fast 230 Ratsuchende konnten wir mit diesem Angebot, das die Beratung in unserer Behörde in Dresden ergänzt, erreichen. Das Interesse ist damit in etwa wieder so hoch wie vor den Jahren der Corona-Krise.

In den Vor-Ort-Beratungen kommt nach wie vor die ganze Bandbreite an DDR-Unrecht zur Sprache: von politischer Haft und DDR-Strafvollzug, Einweisungen in Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe über zweifelhafte Adoptionsentscheidungen und Enteignungen bis hin zu verwehrten Bildungswegen oder erzwungenen Berufsabstiegen. Auffallend ist, dass bei den mobilen Sprechstunden in diesem Frühjahr relativ wenige ehemalige Heimkinder vertreten waren, während diese in der regulären Beratung in unserer Behörde, die ebenfalls von unserem Kollegen Maximilian Heidrich geleistet wird, derzeit den größten Teil der Anfragen ausmachen. Ein Grund dafür ist, dass diese Personen meist einer jüngeren Generati-

on angehören, d. h. heute zwischen 40 und 60 Jahren alt sind und zumeist nicht auf die Gelegenheit der Vor-Ort-Beratung angewiesen sind. Zu den Terminen in den sächsischen Städten kommen eher Menschen älterer Jahrgänge, die sich auch aufgrund des Eintritts in die Rente zum ersten Mal mit Lücken in ihrer Erwerbsbiografie auseinandersetzen und auf einen Ausgleich wegen des erlittenen Unrechts hoffen.

Eine Besonderheit war in diesem Jahr, dass die Sprechstunde an manchen Orten beinahe überlaufen war. So in Coswig mit 59 und Wurzen mit 44 Ratsuchenden. In Dippoldiswalde hingegen kamen nur vier und in Zwickau nur sechs Personen in die Beratung. Dafür war hier aber eine intensive Auseinandersetzung mit den zum Teil schweren Schicksalen möglich. Die unterschiedlichen Zahlen kommen zum einen durch eine mehr oder weniger erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit zustande; zum anderen liegt es an der Unterstützung von Gemeinden und Städten sowie Netzwerken vor Ort, die entsprechende Informationen verbreiten.

Die Mitwirkung des Stasi-Unterlagen-Archivs ist ein wesentlicher Faktor, der das Interesse an den Sprechstunden weckt. Anträge auf Akteneinsicht machen demnach auch den größten Teil der Beratungsgespräche aus, die dann wiederum Fragen der Rehabilitierung aufwerfen können. Denn viele Menschen, die Unrecht in der DDR erlebt haben, wissen nach wie vor nicht, welche Möglichkeiten die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze für sie vorsehen. Die Stasi-Akten sind somit oft ein Türöffner für die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, wie Maximilian Heidrich es formuliert. Auffällig ist in den letzten Jahren und auch dieses Jahr wieder der zunehmende Wunsch, Stasi-Akten zu verstorbenen Angehörigen einzusehen. Die Menschen „stürzen sich“ auf ihre Verwandtschaft, berichtet Utz Rachowski. Hier muss jedoch oft erklärt werden, dass diese Einsichtnahme nur beschränkt möglich ist. Denn zunächst bedarf es einer Begründung, diese Dokumente zu sichten, und dann werden nur die Unterlagen ausgehändigt, die den Aspekt betreffen, der beantragt

wurde. Eine vollumfängliche Einsichtnahme wie in die „eigenen“ Stasi-Akten ist nicht möglich.

Weitere Beratungsanfragen betreffen den Sächsischen Härtefallfonds und die aktuelle Rechtslage. Welche Neuerungen sieht die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze vor? Kommt eine Erhöhung der Opferrente? Werden die Zwangsausgesiedelten mitbedacht und wenn ja, wie? Es besteht also die Hoffnung, dass der Kreis der Berechtigten erweitert und die Ausgleichsleistungen erhöht werden. Wir rechnen deshalb auch damit, dass nach Verabschiedung des neuen Gesetzes, für das das Bundesministerium der Justiz vor Kurzem einen Entwurf vorgelegt hat, der Beratungsbedarf noch einmal deutlich ansteigen wird.

Was wir nicht mehr so häufig antreffen, sind Wut, Aggressionen und das Gefühl der Enttäuschung. Zwischen 2003 und 2013 sei das nach Utz Rachowski in den Beratungen viel dominanter gewesen. Das heißt, die Unrechtsbereinigung hat da in den letzten Jahren möglicherweise schon eine gewisse Befriedung erzielt. Nicht zuletzt haben auch unsere Sprechstunden die Funktion, erlittenes Unrecht wahrzunehmen, auch wenn eine rechtliche Anerkennung oder Entschädigung nicht möglich ist.

Unsere regionalen Beratungen werden wir deshalb weiterhin aufrechterhalten und durch eine engere Zusammenarbeit mit der Lebensberatung der Diakonie Sachsen auch noch stärker auf die Bedürfnisse der Ratsuchenden ausrichten. Wir freuen uns daher über die tatkräftige Unterstützung der Städte und Gemeinden in Sachsen, die ihren Bürgerinnen und Bürgern dieses Angebot weiterleiten und ermöglichen. Unsere zweite Beratungsinitiative in diesem Jahr startet im September und wir werden wieder in ungefähr zehn großen und kleinen Städten in ganz Sachsen unterwegs sein. Unabhängig davon nehmen wir Beratungsanfragen jederzeit telefonisch oder per Mail in der Geschäftsstelle entgegen.

Teresa Tammer  
Stellvertretende Sächsische  
Landesbeauftragte zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur  
Kontakt Bürgerberatung:  
Anne Jagdhold  
0351 493 3700  
lasd@slt.sachsen.de



Utz Rachowski bei der Beratung im April 2024 in Limbach-Oberfrohna.  
Foto: Andreas Seidel

# Grenzwanderung im ehemaligen Sperrgebiet

Im Juli 2024 fand ein erkenntnisreiches Seminar zur einstigen Todesgrenze des DDR-Regimes im Verdi-Bildungszentrum in Saalfeld/Thüringen statt. Mit der Durchführung betraut war der Journalist, Buch-Autor, Ausstellungskurator und versierte Grenz-Experte Roman Grafe. Rund 1.400 Kilometer war der Todesstreifen lang, die Land-Grenze durch Deutschland verlief zwischen Lübeck und Plauen. Wo heute entlang des Grünen Bandes seltene Pflanzen zu besichtigen sind, patrouillierten einst mit Maschinenpistolen bewaffnete DDR-Grenzsoldaten, zudem standen alarmgesicherte Metallgitterzäune und bis 1984 waren auch hochgefährliche Selbstschussanlagen installiert. Trotz Minenfeldern und Schießbefehlen versuchten Tausende von DDR-Bürgern die Flucht in den Westen. Etliche wurden von DDR-Grenzern dabei erschossen oder schwer verletzt.

Die Seminarteilnehmer erhielten einen fundierten Überblick über die Historie der inhumanen Grenze. Zahlreiche Zeitzeugen, darunter die 1961 aus Sonneberg Zwangsausgesiedelte Elisabeth Freyer berichtete auf bewegende Weise vom damaligen brutalen Vorgehen der DDR-Organen, die im Auftrag der SED die Vertreibungsaktion durchführten. Auch die ebenso lebendigen Schilderungen des Zeitzeugen Lothar Lienicke, der seinen Freund Michael Gartenschläger am 30. April 1976 begleitete, der einen Splitterterminenautomaten am Grenzzaun von der Westseite aus nahe der Ortschaft Bröthen/Schleswig-Holstein abmontieren wollte und dabei von einem vierköpfigen Stasi-Einsatzkommando

aufgelauert und erschossen wurde, gingen unter die Haut.

Der Thüringer Musiker Andreas Schirneck bot in einer Abendveranstaltung auf gekonnte Weise mit Gitarre und Mundharmonika Vertonungen von Gedichten von Reiner Kunze, Günter Ullmann und Jürgen Fuchs dar. Ebenso anspruchsvoll war die Exkursion zu Fuß im steilen Waldgelände von Marktgöltitz nach Probstzella auf den Spuren einstiger DDR-Flüchtlinge im damaligen Grenzgebiet. Auch die Wanderung zum DDR-Grenzturm nahe Probstzella an der thüringisch-bayerischen Landesgrenze sowie der Besuch des dortigen Grenzbahnhof-Museums, aber auch die Besichtigung des „Haus des Volkes“ von 1927 (Bauhaus-Architektur) und der Besuch des darin integrierten Franzlting-Museums (ein weitsichtiger, Unternehmer und Sozialdemokrat, der von den Nazis und später von den Kommunisten zu Unrecht inhaftiert wurde) waren sehr interessant. Der Bahnhof Probstzella war zwischen 1949 und 1990 eine wichtige Grenzstation des DDR-Regimes, direkt an der Bahnlinie der einstigen Interzonenzüge von München nach Berlin gelegen. Rund zwanzig Millionen Reisende wurden während dieser Zeit von Passkontrolluren, Zöllnern und Stasi-Personal kontrolliert, gedemütigt und schikaniert, erklärte der Experte Roman Grafe.

Fazit: Einmal mehr wurde deutlich, wie wichtig die Erinnerung an diese dunklen Kapitel deutscher Geschichte ist. Ein Besuch der erwähnten Gedenkort in Probstzella und Umgebung ist absolut empfehlenswert.

Webseite: [www.grenzbahnhof-museum.de](http://www.grenzbahnhof-museum.de)  
Haus des Volkes: [www.bauhaushotel.com](http://www.bauhaushotel.com)

Text und Foto: Thomas Purschke


## Erinnerungsorte der deutschen Teilung, 14 besondere Erinnerungsorte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

- Gedenkstätte Point Alpha in Geisa
- Grenzdenkmal Hötenleben
- Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- Grenzlandmuseum Eichsfeld
- Grenzmuseum „Schiffersgrund“ in Asbach-Sickenberg
- Grenzdenkmal Görsdorf
- Deutsch-Deutsches Museum Möllareuth
- Grenzmuseum Sorge
- DDR-Grenzbahnhof-Museum Probstzella
- Deutsch-deutsches Freilandmuseum Behringen
- Grenzturmdenkmal mit Bunker in Gompertshausen
- Grenzmuseum Böckwitz-Zicherie
- Grenz- und Heimatmuseum Gräfenenthal
- Harzer Grenzweg

### Weitere Informationen unter:

<https://www.mdr.de/kultur/ausflug-tipps/tag-der-einheit-museen-gedenkstaetten-sachsen-anhalt-thueringen-100.html>

### Liste von Grenzdenkmälern an der ehemaligen innerdeutschen Grenze:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_von\\_Grenzdenkmälern\\_an\\_der\\_ehemaligen\\_innerdeutschen\\_Grenze](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Grenzdenkmälern_an_der_ehemaligen_innerdeutschen_Grenze) 



DDR-Beobachtungsturm am Gedenkort Point Alpha an der innerdeutschen Grenze bei Geisa/Thüringer Balkon – In einer 5 km Zone innerhalb des damaligen DDR-Grenzgebietes wurden zwischen 1952 und 1961 Tausende Menschen gezwungen ihre Heimat zu verlassen und zwangsausgesiedelt. Foto: Henning Pietzsch



Der Journalist und Ausstellungskurator Roman Grafe vor dem Grenzbahnhof-Museums in Probstzella. Foto: Thomas Purschke

## Das fortschrittliche Erbe der Ukrainischen Volksrepublik (1917–1921)

Der Blick auf die Geschichte Osteuropas ist häufig durch eine russische Brille verzerrt. Dies gilt auch für die Revolution 1917. Die meisten Menschen denken dabei an die Russische Revolution und die Bolschewiki. Tatsächlich hatten wir es 1917 mit einer Vielzahl von Revolutionen im damaligen Russischen Reich zu tun, die zugleich demokratisch waren und sich gegen das russische Vormachtstreben wandten.

Die Ukrainische Volksrepublik von 1917 bis 1921 war einer dieser Versuche, eine demokratische und sozialistische, eine sozialdemokratische Gesellschaft zu

erkämpfen. In einem unserer jüngsten Blogbeiträge schreibt der Kyjiwer Historiker Vladyslav Starodubtsev über die Geschichte dieses sozialistisch-demokratischen Experiments: Das fortschrittliche Erbe der Ukrainischen Volksrepublik (1917-1921).

Die Volksrepublik und ihre Akteure stellen zu Zeiten der Sowjetunion wichtige Orientierungspunkte für Oppositionelle und Dissidenten dar. In der Gegenwart und angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist die Erinnerung an die Volksrepublik von 1917 von immenser Bedeutung, da dort erstmals die

moderne ukrainische Staatlichkeit formuliert wurde.

Weiterlesen: <https://www.fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/geschichte/das-fortschrittliche-erbe-der-ukrainischen-volksrepublik>

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.  
Archiv der sozialen Demokratie  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 / 883-8068  
Fax: +49 (0) 228 / 883-9204  
Mobil: +49 (0) 174 / 7892446  
<https://www.fes.de/archiv-der-sozialen-demokratie/>



## Je dicker die Suppe, umso besser für die Träger



Rudi Pröber. Foto: Frank Wilhelm, privat.

„Als Essensträger gesucht wurden, habe ich mich gemeldet. Unsere Aufgabe bestand darin, zu viert die schweren Essenskübel, die etwa 80 Liter fassten, vom Tor zu unserer Baracke zu schleppen. Unter Aufsicht des Barackenältesten, unser war ein Rumäne, wurde die Suppe dann an jeden einzelnen Häftling ausgeschenkt.



Detlef Putzar – Suppenempfang aus Zink-Müll-Kübeln. Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung, Bestand Detlef Putzar, Bild 12.

Zuvor hatte sich der Barackenälteste aber noch das Beste abgeschöpft. Wir Essensasträger haben dann nach der Ausgabe noch den Kübel ausgekratzt. Je dicker die Suppe, umso besser für uns.“

Rudi Pröber (95) wurde 1945 verhaftet wegen „Werwolf“-Verdacht. Er lebt heu-

te in Nienhagen bei Rostock. Als junger Mann wurde er nach dem Zweiten Weltkrieg unter Werwolf-Verdacht verhaftet, musste jahrelang unter unseligen Bedingungen Haft und Misshandlung erdulden.

Detlef Putzar aus Malchow war als Jugendlicher auch unschuldig in Sachsenhausen interniert. Aus der Erinnerung hat er mehrere Bilder gemalt. Zu diesem schrieb er: „Suppenempfang aus Zink-Müll-Kübeln“. Die Ausgabe erfolgte durch den Barackenältesten, ein von den Sowjets eingesetzter, meist brüllender Primitivling.“

Den Artikel „Grausame Jahre eines Jungen in Sowjet-Haft – das Schicksal des Rudi Pröber“ veröffentlichte Frank Wilhelm vom Nordkurier. (Nordkurier, Frank Wilhelm, Erstveröffentlichung am 29.06.2024).

<https://www.nordkurier.de/regional/mueritz/grausame-jahre-eines-jungen-in-sowjet-haft-2632484>



## Ein mahndendes Gedenken!

Es gibt im Bereich der Gedenkstätte Sachsenhausen aus der Zeit von 1945 bis 1950 drei Massengrabanlagen. Eines davon ist im Wald von Schmachtenhagen.

Im Jahr 1990 hatten Einwohner dieser Gemeinde, vor allem der Zeitzeuge Kurt Müller, darauf verwiesen, dass dort im Wald Massengräber sein müssten. Suchgrabungen durch die Nationale Volksar-

mee der DDR am 30. März 1990 ergaben, dass dort etwa 3.000 Skelette ruhen. Viele Angehörige der Toten, die in diesem Speziallager der sowjetischen Besatzungstruppen ums Leben gekommen waren, haben nach dieser Zeit auf dem Areal Grabplatten abgelegt oder Holzkreuze mit den Namen der Toten aufgestellt. Ein großer Teil der Holzkreuze waren in den letzten Jahren durch Witterungseinflüsse zerstört worden.

Im Jahr 2020 hatte die Familie Osterloh aus Halberstadt mit Genehmigung der Deutschen Kriegsgräberfürsorge 15 neue Holzkreuze auf diesem Gelände aufgestellt. In die Querträger der Kreuze wurde das Wort „Unbekannt“ eingebracht und mit schwarzer Farbe ausgefüllt. Durch mehrere aktuelle Spenden konnten wir in diesem Jahr nochmals eine größere Summe zusammentragen. Eine Tischlerei hat uns wieder 15 Holzkreuze gefertigt. Da

historisch belegt ist, dass im Jahr 1946 in dieser Massengrabanlage die Toten verscharrt wurden, haben wir aus dem Totenbuch des Speziallagers Sachsenhausen Frauen und Männer herausgesucht, die zu diesem Zeitpunkt verstorben waren.

Durch eine Zusatzspende der „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V.“ gelang uns bei diesen Holzkreuzen eine Änderung. Es wurde nicht wieder das Wort „Unbekannt“ eingraviert. Wir haben jetzt die Namen von mehreren Frauen und Männern mit ihrem erreichten Alter in den Querträger der neuen Kreuze eingravieren lassen und mit Farbe ausgefüllt.

Foto und Bericht  
Hanns Osterloh



## Auch nach 60 Jahren unvergessen!

Am 14. August 1964 fährt der erste Bus mit freigekauften DDR-Häftlingen bei Herleshausen über die Grenze zur BRD. Zwischen 1964 und 1989 wurden insgesamt 33.755 politische DDR-Häftlinge für 3.436.900.755,12 D-Mark freigekauft. Der Menschenhandel der DDR bleibt unvergessen. (**Empfehlung:** Henning Pietzsch: Der „Weiße Kreis“ in Jena – Beispiel für den Wandel der Protestformen Ausreisewilliger in den siebziger und achtziger Jahren. In: Leonore Ansorg, Bernd Gehrke, Thomas Klein, Danuta Kneipp (Hrsg.): „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989). Böhlaus, Köln 2009, S. 291–302.)

### Auch nach 30 Jahren unvergessen!

Am 31. August 1994 verlassen die letzten

Einheiten der Westgruppe der russischen Streitkräfte das wiedervereinigte Deutschland.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. unterstützt seit ihrer Gründung am 09. Februar 1950 die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen. Sie vergisst die Opfer und die mehr als 100 Millionen Toten der weltweiten kommunistischen Gewaltherrschaft nicht.

Auf eine Entschuldigung durch die Täter/ Rechtsnachfolger (SED/PDS/Die Linke) in Deutschland warten die Betroffenen, Angehörigen und Hinterbliebenen bis heute.

**Quelle:** „Ratsleute lehnen Aufhebung von Moratorium für Ex-Stasi-Gefängnis

ab“ in Nordkurier vom 19.05.2024 <https://www.nordkurier.de/regional/neubrandenburg/ratsleute-lehnen-aufhebung-von-moratorium-fuer-ex-stasi-gefaengnis-ab-2535407>

### Veranstaltungshinweis

Am 07. Oktober 2024 wird um 14.00 Uhr in 17033 Neubrandenburg, Neustrelitzer Straße 120 (an der Graffiti-Mauer) eine Gedenktafel der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. eingeweiht. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind dazu recht herzlich eingeladen.

André Rohloff, stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus Neubrandenburg (VOS Mecklenburg-Vorpommern)

## Kranz für die Opfer des 17. Juni 1953 am Mahnmal Mauersteine in Koblenz

Der Koblenzer Bundestagsabgeordnete Josef Oster hat gemeinsam mit Vertretern der CDU und Vertretern der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V. sowie der Vereinigung der Opfer des Stalinismus VOS e.V. und weiteren Bürgerinnen und Bürgern einen Kranz für die Opfer des 17. Juni 1953 an dem Mahnmal Mauersteine in Koblenz zur Gedenkstunde an die zahlreichen Opfer des Volksaufstands vor 71 Jahren niedergelegt.

Eine Million Menschen gingen damals in der DDR für Freiheit und Demokratie auf die Straße – eine Rebellion, die von Volkspolizisten und sowjetischen Solda-

ten brutal niedergeschlagen wurde. Mehr als 50 Todesopfer forderten diese Demonstrationen. Tausende Bürgerinnen und Bürger mussten langjährige Haftstrafen verbüßen und unzählige Menschen dauerhaft mit Schikanen und Repressalien leben. Darunter war auch Siegfried Keil, der heute in Bendorf lebt und von der STASI zu 18 Monaten Zwangsarbeit im Untertage-Bergbau verurteilt wurde. Von diesen Erlebnissen berichtete er eindrücklich in Koblenz.

Auch DDR-Zeitzeugin Elke Schlegel, Regionalbeauftragte der Union für Opferverbände Rheinland-Pfalz, richtete bewegende Worte an die Anwesenden.

„Ich ziehe sehr deutliche Parallelen zur heutigen Zeit. Wir haben wieder Forderungen an unsere Regierung. Wir möchten in Sicherheit leben, ohne Messerangriffe, ohne Vergewaltigungen, wir möchten, dass sich Arbeit mehr lohnt als Bürgergeld, dass unsere Kinder in der Schule richtig rechnen und lesen lernen, dass endlich ein belastbarer Migrationsplan entworfen wird, der Deutschland nicht länger überfordert und dass unsere Steuergelder im eigenen Land ausgegeben werden. In Deutschland hat die Union aus CDU und CSU die Wahl zum Europäischen Parlament am vergangenen Sonntag deutlich gewonnen, die AfD landete vor der SPD auf Platz zwei.“



Im Osten sogar ganz vorn. Deutschland ist politisch geteilt. Nun schulden die demokratischen Parteien es ihren Wählern, dass sie keine Anstrengung unterlassen, ein gemeinsames agieren mit einer rechtsextremen Partei zu verhindern. Es geht um Rahmenbedingungen für Demokratie, Wohlstand und Sicherheit vor dem Hintergrund einer sich ständig verändernden Weltlage. Der 17. Juni ist kein beliebiger Tag und darf das auch nicht werden", resümierte der Abgeordnete am Ende der Veranstaltung. "Die Erinnerung an die Opfer und ihre Botschaft darf nicht verblasen: Demokratie wird und wurde uns nicht geschenkt. Wir müssen für sie kämpfen und uns mit ganzem Herzen und voller Überzeugung für sie einsetzen."

Elke Schlegel, Regionalbeauftragte der UOKG Rheinland-Pfalz



Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953 am Mahnmal Deutsches Eck zur Kranzniederlegung. Foto: Sandra Hürter

## Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.

Im kommenden Jahr wollen wir die Gelegenheit nutzen und die besondere Chance wahrnehmen, bundesweit eine herausgehobene Behandlung „unseres“ Themas: **Verfolgung, Vertreibung und Enteignung vor 80 Jahren** zu erreichen. Im Mai des Jahres 2025 jähren sich die Ereignisse der Umwälzung zum achtzigsten Mal. Im Laufe des Jahres bis zum September (Kyritz) gibt es die verschiedensten Ansätze, mit der Tatsache der Erinnerung und der Wiederkehr in der Öffentlichkeit herausragend hervortreten. Außerdem gibt die Bundestagswahl Gelegenheit, die politischen und juristischen Defizite bis hin zum Einigungsvertrag in die Öffentlichkeit zu tragen und die Diskussionen in die Wahlkampagnen aufzunehmen. Die Defizite zum Einigungsvertrag und dessen Umsetzung sind grundlegend und inhaltlich genau zu benennen. Aus diesem Grunde informieren wir Sie schon heute, um keine

Gelegenheit auszulassen, die gegenwärtig **viel zu geringe Beachtung des Themas Aufarbeitung und Wiedergutmachung** durch eine besondere intensive Herausarbeitung der Geschehnisse von 1945 wieder ins Blickfeld zu rücken.

Wir setzen alles daran, dieses „Aktionsjahr“ zusammen mit unseren Partnern und Förderern zu initiieren und glauben, dass es angebracht ist, jetzt schon auf die sich abzeichnende Aktivität hinzuweisen und hierfür auch Ihre besondere Mitwirkung zu erbitten. Da ein solches, ziemlich groß angelegtes Vorhaben nicht ohne entsprechenden „Kraftstoff“ geplant werden kann. Daher bitten wir heute schon um Ihre Unterstützung unter dem Stichwort „Schwerpunktjahr 2025“ und um Ihre Mitteilung, inwiefern Sie bei den Veranstaltungen und Aktionen mitwirken und teilnehmen können.

Die einzelnen Informationen zu den geplanten Initiativen gehen Ihnen spätestens im September des Jahres zu. Wir hoffen, dass Sie in Verbundenheit mit uns dabei sein werden. Um das Schwerpunktjahr zu einem bedeutenden Ereignis für Rechtsstaat und Recht zu machen, begrüßen wir Sie herzlich und verbleiben mit besten Wünschen.

ARE – Team, Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.

Ansprechpartner:

Manfred Graf von Schwerin

ARE – Plänitz: Hofstr. 5, 16845 Planitz,

Telefon (033970) 51874,

Fax (033970) 51875

E-Mail: are-pl@gmx.de

Internet: www.are-org.de

Bankverbindung: Raiffeisenbank OPR,

IBAN: DE68 1606 1938 0103 0127 94

BIC: GENODEF1NPP



## FREE-KUBA-Demo vom 11. Juli 2024 in Berlin

Der Verein PatriaVida, der auf dem Verbändetreffen der UOKG am 01. Juni 2024 mit großer Mehrheit als neues Mitglied der UOKG begrüßt wurde, hatte am Donnerstag, den 11. Juli 2024, zu einer Demonstration vor der kubanischen Botschaft in Berlin-Pankow aufgerufen.

Bericht mit Fotoimpressionen über die FREE-KUBA-Demo ist unter AKTUELLES/UOKG mit Eintrag vom 19.07.2024 zu finden: <https://www.uokg.de/2024/07/free-kuba-demo/>

Bericht und Fotos:

Stefan Krikowski, Lagergemeinschaft Workuta GULag Sowjetunion e.V



# Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente

40 Jahre lang beherrschte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die DDR. Eine zentrale Stütze ihrer Diktatur war das Ministerium für Staatssicherheit: die Stasi. Welche Bedeutung haben die Stasi-Unterlagen und ihre Geschichten für unsere Erinnerungen, unsere Lebensqualitäten und unser heutiges Verständnis als demokratisch verfasste Gesellschaft?

Zur Eröffnung der Wanderausstellung „Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente“ kamen am 16. Juli im Rahmen einer Kranzniederlegung am „Mahnmal Mauersteine“ am Deutschen Eck in Koblenz die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke, der Präsidenten des Bundesarchivs Prof. Dr. Michael Hollmann, die Vizepräsidentin des Bundesarchivs Frau Dr. Andrea Hänger, die Bürgermeisterin der Stadt Koblenz Ulrike Mohrs, die Regionalbeauftragte der UOKG (Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V.) für Rheinland-Pfalz Elke Schlegel sowie die Vertreter der VOS (Vereinigung der Opfer des Stalinismus VOS e.V.), Regina und Siegfried Keil, zusammen.

Die „Reste“ der Berliner Mauer können nicht nur in Berlin besichtigt werden. Nach 1989 wurden viele Mauerstücke in die ganze Welt verschenkt. Original-Mauerstücke stehen heute in fernen Ländern, von Südafrika bis Australien, von den USA bis Israel und eben auch hier in Koblenz.

Im 35. Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution wurde mit einer Kranzniederlegung an die Opfer der deutschen Teilung gedacht. Frau Zupke kam zur Besichtigung des Mahnmals, welches auf Initiative und ehrenamtliches Engagement von Elke und Thomas Schlegel initiiert wurde. Sie stellte u.a. fest, dass dieses Denkmal der Deutschen Einheit am Konrad-Adenauer-Ufer in Koblenz ein Touristenmagnet sei.

Am Abend des 16. Juli wurde dann im Bundesarchiv die Wanderausstellung „Alles Wissen Wollen Die Stasi und ihre Dokumente“ mit einem Grußwort des Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Hollmann, eingeleitet. Daran schloss sich ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen politischen Häftling Mario Röllig an. Mario Röllig berichtete von seinem Leben als Homosexueller in der DDR und wie er in die Fänge der Stasi geriet.

Danach diskutierten auf dem Podium die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke, Dr.

Martin Stief (Projektleiter im Stasi-Unterlagen-Archiv in der Abteilung Vermittlung und Forschung) und Elke Schlegel (Zeitzeugin, Regionalbeauftragte der UOKG für Rheinland-Pfalz) zum Thema „Erinnern für die Zukunft“ über die Bedeutung der Stasi-Unterlagen für das heutige Verständnis unserer demokratischen Gesellschaft.

Elke Schlegel, die selbst 1984 aus politischen Gründen im ehemals größten Frauengefängnis der DDR, in Hoheneck, inhaftiert war, hatte schon sehr früh, 1991, Akteneinsicht genommen. Erschlagen durch die Masse von Akten und den darin enthaltenen Schwärzungen hatte sie sich zunächst nicht viel Klärung erhofft. Dennoch konnte sie mit Hilfe der Akten letztlich viel des von ihr erfahrenen Unrechts rekonstruieren.

Evelyn Zupke unterstrich, dass es die Akten seien, die für viele Betroffene ein wichtiger Beleg ihrer eigenen Verfolgung sind. Allerdings käme es nicht nur auf die Stasi-Akten an, sondern darauf, dass die Gesamtheit der Akten aus der DDR genutzt werde: „Man hat sich viel zu lange allein auf die Stasi konzentriert. Doch die Stasi arbeitete im Auftrag der SED und diese hat in vielen Bereichen direkt kontrollierend und repressiv gewirkt. So hat z.B. auch die DDR-Jugendhilfe als ein Instrument der Repression gedient“. Sie wünsche sich deshalb einen Antrag für alle Akten: „Bei Anträgen auf Akteneinsicht sollten neben den Stasi-Akten auch zum Beispiel Akten der Jugendhilfe oder der DDR-Volkspolizei in eine Aktenprüfung einbezogen werden können.“

Elke Schlegel wünschte sich, dass die „Tage der Demokratie“, die Schulen laut Lehrplan abhalten sollten, in Zukunft mit mehr Zeitzeugen am authentischen Ort durchgeführt und Schulen durch das Bundesarchiv und andere Institutionen begleitet und unterstützt werden.

Die Ausstellung ist in Koblenz bis zum 06. September kostenfrei im Bundesarchiv Potsdamer Str. 1 zu sehen. Weitere Informationen zur Ausstellung finden sich unter: [www.alles-wissen-wollen.de](http://www.alles-wissen-wollen.de)

Die Wanderausstellung des Bundesarchivs präsentiert insgesamt 21 Objekte zur Geschichte der DDR-Geheimpolizei, ihrer Methoden und die Folgen der Bespitzelung für die Betroffenen. Die aus-

gestellten Faksimiles stammen aus den Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv war 2021 in das Bundesarchiv überführt worden und wurde Teil des Bundesarchivs. Das Stasi-Unterlagen-Archiv sichert und bewahrt die hinterlassenen Unterlagen der Staatssicherheit der DDR. Es stellt sie auf Grundlage des Stasi-Unterlagen-Gesetzes Privatpersonen, Institutionen und der Öffentlichkeit auf Antrag zur Verfügung.

Insgesamt lagern in den Beständen mehr als 111 Kilometer Aktenmaterial, mehr als 1,7 Millionen Fotos sowie Karteikarten, Filme, Tondokumente und Mikrofiches.

Mit etwa 120 Besuchern war es ein erfolgreicher Abend. Beim Empfang kam es zu interessanten Gesprächen und noch vielen Fragen aus dem Publikum.

Am 17. Juli stand die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke in der Zeit von 10.00–12.00 Uhr für persönliche Bürgergespräche sowie zu Informations- und Beratungsmöglichkeiten zur Verfügung. Beratung und Unterstützung für einen Antrag auf Einsicht in die Stasi-Unterlagen durch das Bundesarchiv – Stasi-Unterlagenarchiv gab es auch.

Elke Schlegel



Von links nach rechts Bürgermeisterin der Stadt Koblenz Ulrike Mohrs, Zeitzeugin und Regionalbeauftragte der UOKG für RLP Elke Schlegel, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke, Präsident des Bundesarchivs Prof. Dr. Michael Hollmann, Vertreter der VOS Regine und Siegfried Keil sowie Barbara und Rainer Hoffmann. Foto: Benjamin Baumgart

## Nachruf auf Michael Baumgarten

Die AG der in sowjetischen Speziallagern geborenen Kinder trauert um Michael Baumgarten, der am 21. Juli 2024 von uns gegangen ist. Michael wurde 1946 im Speziallager Sachsenhausen geboren. Seine Mutter hospitierte 1945 bei der Berliner Kriminalpolizei. Während dieser Zeit lernte sie Michaels Vater kennen, einen ukrainischen Offizier aus Kiew. Beide verliebten sich ineinander. Als die Mutter schwanger und die Beziehung dadurch publik wurde, wurden beide jedoch verhaftet. Karoline Baumgarten wurde im

Lager Sachsenhausen interniert, wo sie ihr Kind auf die Welt brachte, der Vater wegen unerlaubten Kontakten umgehend nach Russland gebracht. Hier verliert sich sein weiteres Schicksal. Michael hat das alles nur von seiner Großmutter erfahren, seine Mutter konnte über diesen Teil ihres Lebens nie mit ihm sprechen!

Karoline Baumgarten arbeitet später, ebenso wie Michael, in West-Berlin bei der Kriminalpolizei. Michael war begeisterter Motorradfahrer, der mit seiner

BMW einmal quer durch die USA fuhr und noch im Frühjahr auf Tour ging. Er war verheiratet und hatte zwei Töchter.

Mit Michael verlieren wir wieder einen Zeitzeugen der noch authentisch über die sowjetischen Lager in Deutschland berichten konnte. Sein Tod reißt eine weitere große Lücke in unsere Reihen, die wir kaum schließen können, und wir werden ihn nicht vergessen.

Alexander Latotzky,  
AG „Kindheit hinter Stacheldraht“

## Transformation des Gedenkens

Erst ab 1989/1990, als zahlreiche Dokumente im Russischen Staatsarchiv zugänglich waren, setzte in der ehemaligen DDR eine intensive Diskussion ein, welche Maßnahmen in der unmittelbaren Nachkriegszeit der sowjetischen Besatzungsmacht angelastet werden konnten, nämlich Verhaftungen, Verurteilungen und die Errichtung von Speziallagern. Buchenwald und Sachsenhausen erlebten eine „zweite Geschichte“, denn die KZ wurden nun von der sowjetischen Besatzungsmacht als Lagerstandorte benutzt. Insgesamt kamen etwa 400.000 Deutsche in Internierungslager.

In der SBZ dienten die Verhaftungen hauptsächlich der „politischen Säuberung von feindlichen Elementen“. Ebenso wichtig ging es um die „Mobilisierung“ von Arbeitskräften, denn in der Sowjetunion herrschte wegen der 27 Millionen

Kriegstoten ein enormer Arbeitskräftemangel und eine desaströse wirtschaftliche Lage. Zum Gesamtbild gehört auch, dass in den „Speziallagern“ zwischen 1945 und 1950 43.035 Gefangene (aktive Gegner der SU, Amtsträger des 3. Reiches, Funktionsträger der NSDAP und NS-Organisationen) an Hunger, Krankheit und Entkräftung starben. Erst 1997 eröffnete die Gedenkstätte Buchenwald eine eigene Dauerausstellung zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers, 2001 geschah dies in Sachsenhausen.

Ein Kapitel des Buches stellt sich die Frage, wie die Haftorte richtig bezeichnet werden sollten: Internierungs-, Schweige-, Konzentrations-, Todes-, Speziallager oder Deutscher Gulag?

Berthold Schäffner



Jörg Ganzenmüller, Julia Landau, Franz Waurig (Hg.) *Transformation des Gedenkens. Lokales Erinnern an sowjetische Verhaftungen der Nachkriegszeit*, Böhlau Verlag Köln 2024, 232 Seiten, ISBN 978-3412528751

## Die Gedenkstätte Buchenwald bittet um Ihre Unterstützung!

Die Ausstellung zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 (1945–1950) wird neu gestaltet. Dafür suchen wir **Erinnerungsstücke, Gegenstände und Fotografien, aber auch Berichte über die Haftbedingungen und Kontakte des sowjetischen Wachpersonals mit der unmittelbaren Umgebung.**

Im Jahr 1945 errichtete die sowjetische Besatzungsmacht auf Teilen des Geländes des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald das Speziallager Nr. 2. Bei einer durchschnittlichen Belegung von 12.000 Gefangenen waren dort insgesamt 28.500 Menschen interniert. Zumeist handelte es sich um lokale Amtsträger der NSDAP, aber auch Jugendliche und Denunzierte befanden sich unter ihnen. Mehr als 7.000 Menschen starben an Unterernährung und Krankheiten. Die Familien erhielten keinerlei Nachricht über den Verbleib ihrer Angehörigen, auch keine offizielle Benachrichtigung im Falle des Todes. Im Februar 1950, kurz nach der Gründung der DDR, wurde das Lager aufgelöst. Seine Geschichte wurde in der DDR tabuisiert. Erst nach der Wende durften ehemalige Insassen des Lagers öffentlich über ihre Erfahrungen sprechen.

**Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen an:** Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Haus 2, 99427 Weimar  
Kustodie2@buchenwald.de

## Walter Schilling in Braunsdorf

Liebe Freundinnen und Freunde und Gemeindemitglieder und Familienangehörige, wir laden herzlich zu einer Würdigung für Walter Schilling in Braunsdorf bei Saalfeld ein:

- Sonnabend 19.10.24 wollen wir um 15.00 Uhr Einweihung DENKOrt-Tafel für seine Offene Arbeit in Braunsdorf, die er mit Thomas Auerbach und anderen getragen hat;
- einige Menschen reden am neuen DENKMal und danach gibts ein Fest im alten und neuen Freizeitheim mit Diskussion und Film, Speis und Trank, Live-Musik und Tanz mit Dirk Marschall aus Weimar, Airtramp aus Jena sowie die alte JG-Band Gefahrenzone aus Rudolstadt;
- die Jenaer Stadtmusikanten spielen schon am Abend zuvor, also am 18.10.2024

Rückblicke in die Geschichte von Offener Arbeit und Kirchengemeinde in und um Braunsdorf können spontan und in einer Gesprächsrunde zusammenfinden, auch mit Gegenwartsfragen. Menschen mit mehr Zeit bekommen Gelegenheit fürs Wandern und das gemeinsame Leben von Donnerstag 17.10. bis Montag 21.10.24. Die Unterkunft kostet 17,50 € Haus + 7,50 € Essen je Tag/Nacht, insgesamt 25,- € je pro Übernachtung.

Im Aufgabenbereich DENKOrte vom ThürAZ „Matthias Domaschk“ Jena gestalten wir gerade alles sowie die zweiteilige Tafel, das künstlerische Denkmal und das Festprogramm. Weitere Beiträge können später in eine Website DENKOrt-Braunsdorf einfließen, die via QRCode auf der Tafel zu finden sein wird (für Texte, Fotos, Podcasts, Lieder, Reden, Filme).



Pfarrer Walter Schilling, † 2013 (li.) und Peter Rösch, † 2017 (re.) 2008 in Dietrichshütte, wo Schilling mit seiner Frau Eva zuletzt lebte. Foto: Henning Pietzsch

**Bitte anmelden bis 31.08.24 via**  
**E-Mail: [denkortbraunsdorf@posteo.de](mailto:denkortbraunsdorf@posteo.de)**  
[https://www.gruppenunterkuenfte.de/Ev-Ruestzeitheim-Braunsdorf\\_\\_i5378.html](https://www.gruppenunterkuenfte.de/Ev-Ruestzeitheim-Braunsdorf__i5378.html)

## Klaus Höpcke, oberster Zensor der DDR-Literatur verstorben

Unter den DDR-Schriftstellern hatte er erbitterte Feinde. Am 14. November 2023 ist in Berlin der DDR-Kulturpolitiker Klaus Höpcke (1933–2023) im Alter von fast 90 Jahren gestorben.

Obwohl seine Witwe die Todesnachricht am Dienstag, 17. November, bekanntgab, erschienen erst zwei Wochen nach seinem Ableben, am 28. Oktober, in der einstigen SED-Zeitung „Neues Deutschland“ zwei Todesanzeigen: die seiner Witwe Monika Höpcke und die der Fraktion der „Linken“ im Erfurter Landtag, deren Vorsitzender er 1990/99 war. Nachrufe auf den obersten Zensor der DDR-Literatur erschienen in der einstigen FDJ-Zeitung „Junge Welt“, der „Berliner Zeitung“ und der „Thüringer Allgemeinen“ in Erfurt.

Klaus Höpcke studierte nach dem Abitur 1951 in Neubrandenburg an der „Fakultät für Journalistik“ der Leipziger Karl-Marx-Universität. Das war freilich keine politisch neutrale Ausbildungsstätte, wo man das journalistische Handwerk erlernte, sondern eine marxistisch-leninistische Kaderschmiede zur Produktion von Parteijournalisten, wie man in Brigitte Klumpus (1935–2023) Buch „Das rote Kloster“ (1978) nachlesen kann.

Nach dem Studium war die steile Parteikarriere Klaus Höpckes kaum noch aufzuhalten. Als FDJ-Mitglied seit 1947 und SED-Mitglied seit 1953 war er 1960/62 Mitglied der Universitätsparteileitung der Karl-Marx-Universität und 1962/64 Mitglied der SED-Bezirksleitung Leipzig. Im Februar 1964 wurde er ins Redaktionskollektiv des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ aufgenommen, wo er bis März 1973 verblieb. Sein „parteiliches“ Wirken dort muss für einige DDR-Autoren verheerend gewesen sein!

Danach war er, bis zum Mauerfall am 09. November, als Nachfolger des Juristen Bruno Haid (1912–1993), stellvertretender Minister für Kultur und Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel. Sein Vorgesetzter als DDR-Kulturminister war der in Bunzlau/Schlesien geborene Hans-Joachim Hoffmann (1929–1994), der sich schon im Juni 1988, was gefährlich war im SED-Staat, in einem in der Zeitschrift „Theater heute“ unter dem Titel „Das Sicherste ist die Veränderung“ für die Moskauer Reformpolitik einsetzte. Klaus Höpcke aber blieb bis zuletzt der ideologische Hardliner, weshalb ihn Erich Loest (1926–2013) nach seiner Ausreise 1981 einen „Regierungskriminellen“ nannte.

Klaus Höpcke bin ich dreimal begegnet, vor und nach 1989. Einmal sah ich ihn in Frankfurt/Main, wo er auf der Buchmesse den DDR-Kollektivstand betrat und alle Verlagsleute dort aufstanden und Haltung annahmen, als der „Genosse Minister“ auftauchte. Dann auf einer Dortmunder Literaturtagung, wo er (das SED-Parteiabzeichen hatte er während des Vortrags abgenommen) weitschweifig über DDR-Umweltschutzliteratur sprach, die es überhaupt nicht gab. Den Roman „Flugasche“ (1981) der Ostberlinerin Monika Maron, der in der DDR verboten war, erwähnte er mit keinem Wort. Bei der dritten Begegnung saß er als Zuhörer in einem Hörsaal der Universität Jena, als ich dort über „Flucht und Vertreibung in der DDR-Literatur“ sprach.

Am schändlichsten hat er sich 1978 gegenüber der Rostocker Germanistin Gisela Perlet (1942–2010) verhalten, die im Hinstorff-Verlag, wo sie für dänische Literatur zuständig war, eine Ausgabe der Frühschriften des dänischen Philosophen Sören Kierkegaard (1813–1855) edieren wollte. Mit allen Mitteln, die er einsetzen konnte, hat der ungebildete Klaus Höpcke dieses Vorhaben unterbunden, bis Gisela Perlet bei ihrem Verlag kündigte.

Jörg Bernhard Bilke

## Der große Wirtschafts-Transfer von Ost nach West nach 1945

„Wer nicht mit uns geht, sondern mit den reaktionären Kräften, wird in unserer Zone rücksichtslos liquidiert und vernichtet ...“, so der SED-Chef von Leipzig, Lohagen, am 09. Oktober 1947. Die Devise der Stalinisten der ersten Stunde war deutlich. In der Folge verschwanden viele erfolgreiche Unternehmen und siedelten sich im Westen neu an. Die geflüchteten Firmen – Exilbetriebe – wuchsen in der Bundesrepublik meistens über den Vorkriegsstand hinaus, bauten neue Industriezweige auf, errichteten Siedlungen, vergrößerten Städte. Sie schufen das westdeutsche Wirtschaftswunder zu einem erheblichen Teil mit. Die enteigneten, nun „volkseigenen“ ehemaligen Stammhäuser in Sachsen – und im gesamten Mitteldeutschland – büßten sukzessive ihre Effektivität, ihr internationales Ansehen und ihre Exportfähigkeit ein. Nach vierzig Jahren standen 90% der Betriebe abgewirtschaftet da. Das Buch zeichnet den Aufbau im Westen und den Niedergang im Osten weltweit bekannter Firmen nach, wie Wella, Mende, Audi, Chlorodont, Villeroy & Boch, Odol, Leifheit und Kaiser, aber auch aller

Leipziger Verlage, wie Breitkopf & Hertel, Brockhaus, Reclam, Teubner u. a. Auch die großen Chemnitzer Maschinenbauer, wie Wanderer, Pfauter, Reinecker u. a. einschließlich der Textilhersteller wie ELBO, ROGO, ARWA, Pastell, Ergee, Uhli bauten im Westen neu auf. Lesen Sie: – warum Ostdeutschland nicht weiter aufholt. – über Demontagen 1945/48, die im Osten viel stärker existenzvernichtend waren und bei denen viele Unternehmen regelrecht „ausradiert“ wurden. – über die maßlose Enteignungspolitik des marxistisch-leninistischen Staates weit über die Potsdamer Beschlüsse hinaus, welche Tausende vormals weltbekannte Traditionsbetriebe zur Flucht nach Westdeutschland trieb. – wie durch diese Exilbetriebe – und vorwiegend durch diese – die Bundesrepublik zum Exportweltmeister von Maschinen, Anlagen und Erzeugnissen wurde. Daten und Fakten eines beispiellosen wirtschaftlichen Vernichtungsfeldzuges, dessen Folgen wir noch heute spüren. Golle berichtet u.a. über das Schicksal von Herrn Krasting: „Es ist ergänzend zu Bautzen, z. B. ab Seite 380: 'Es war der 24. August 1945...'. Gera-



.....  
 Hermann Golle: *Der große Wirtschafts-Transfer von Ost nach West nach 1945. Tausende Ostbetriebe bauten den Westen auf – Bestandsaufnahme nach 30 Jahren deutscher Einheit*, Verlag DeBehr 2021, 750 Seiten, ISBN-13: 978-3957538802.  
 .....

de diese Schilderung von Herrn Krasting selbst – nach 1990 war er oft in Bautzen und ich war mit ihm befreundet – ist bezeichnend für Bautzen. 2022 ist er leider verstorben.“

Hermann Golle

## DDR im Plural

Das im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung herausgegebene Lesebuch „DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart“ ist ab sofort als Sonderausgabe bei den Landeszentralen für politische Bildung in Berlin und Sach-



sen erhältlich. Der Band wurde von der Wochenzeitung „Die Zeit“ im Dezember unter die „zehn wichtigsten Bücher über den Osten 2023“ gelistet.

In dem Lesebuch geben 25 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, allesamt Stipendiaten der Bundesstiftung Aufarbeitung, Einblicke in laufende und abgeschlossene Promotionsarbeiten. In pointierten Beiträgen nähern sie sich den vielschichtigen Erfahrungen in und mit der DDR an und richten ihren Blick dabei auch auf die Nachwirkungen der SED-Diktatur.

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende der SED-Herrschaft versammelt das Buch Texte der jüngsten Forschergeneration, deren Zugang zum Sujet nicht durch eigene Erfahrungen in Diktatur und Kaltem Krieg geprägt ist.

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung: „Der Band hat in der Ost-West-Debatte des vergangenen Jahres einen Kontrapunkt gesetzt und gezeigt, dass, die aktuelle

DDR-Forschung differenziert und lebendig ist und von den Blickwinkeln einer jungen Generation geprägt ist. Die positive Resonanz freut uns deshalb umso mehr.“

DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart. Hrsg. v. Christopher Banditt, Nadine Jenke, Sophie Lange im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung, 2. Aufl., Landeszentralen für politische Bildung und Metropol Verlag 2023, 366 Seiten, ISBN: 13-9783863316655.

### Internet

- Metropol Verlag: <https://metropol-verlag.de/produkt/ddr-im-plural/>
- Berliner Landeszentrale für politische Bildung: <https://www.berlin.de/politische-bildung/publikationen/suche/index.php/detail/1088>
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: [https://shop.slpb.de/pub\\_online/446-ddr-im-plural-ostdeutsche-vergangenheiten-und-ihre-gegenwart.html](https://shop.slpb.de/pub_online/446-ddr-im-plural-ostdeutsche-vergangenheiten-und-ihre-gegenwart.html)

## Hinweise und Korrekturen

**Befragung „Zwangsarbeit“ Stacheldraht 4/24, Christian Richter:** „Nach 9 Monaten MfS-U-Haft in Berlin Pankow arbeitete ich von Oktober 1978 bis März 1979 in Cottbus in der Dreherei, ein einziger Arbeitsraum im EG genau in der Gebäudeecke Großer (Pentagon-) Saal und der Stanze. Ich war der Gütekontrollleur der gedrehten Originalteile der 500mm Teleobjektive im Auftrag der Firma „Meyer-Optik-Görlitz.“ Diese Teleobjektive waren nur für bewaffneten Einheiten der DDR bestimmt: Armee und Polizei. Wir waren in der Dreherei nach meiner Erinnerung (vor 46 Jahren) nur 8-10 Haftkameraden, Drehbänke standen sehr eng zusammen. Das war ein grober Verstoß gegen die Arbeitssicherheitsbestimmungen, die einen Mindestabstand von 1,5 m bei Maschinen mit drehenden Teilen erforderten. Ein Haftkamerad aus der Dreherei ist mir noch in Erinnerung, Manfred Fröse, aus Ostberlin. Wenig bekannt ist die Existenz eines Projektierungsbüros im Strafvollzug Cottbus, siehe Stacheldraht Nr. 8/2020, Seiten 8-10). Darüber kann auch Bernd Lippmann Auskunft geben. (Stasi-Museum). Meine Ehefrau war damals parallel zu mir im Frauengefängnis Hoheneck inhaftiert, sie war im sogenannten „Hemdenkommando“ – für die Firma Quelle – und zuletzt im Bettwäschekommando. Meine Frau und ich sind zum Festakt mit Bundespräsident Steinmeier am 11.07.2024 in Hoheneck persönlich eingeladen worden.“ **Empfehlung Broschüre:** „Dissidenten für Devisen“, 2010 von Hendrik von Quillfeld.

**Befragung „Zwangsarbeit“ Stacheldraht 4/24, Hubertus Richter:** „Ich habe auch ihren Artikel über Cottbus und „Otto“ mit großem Interesse gelesen. Während mein Bruder Dr. Christian Richter in Cottbus wegen Republikflucht einsaß (ca. 1978) und dort sicherlich auch arbeiten musste/„durfte“, hatte ich als Projektant für HLK die Aufgabe, sanitärtechnische Einrichtungen (Be- und Entwässerungstechnik, Feuerlöschtechnik und Dachentwässerung) für eine „Ersatzinvestition“ des VEB Wittol Wittenberg, Außenstelle Ebersbach, projektmäßig zu bearbeiten. Standort des zu errichteten 4-stöckigen Industriebaus war Bautzen I, an der nördlichen Begrenzung des Gefängnisareals gelegen. Die Projektierungsarbeiten erfolgten in einem zur VVB-Leichtchemie gehörendem Projektierungsbüro in Dresden. Zur Kontrolle der Ausführungsarbeiten mussten wir Projektanten der unterschiedlichsten Gewerke öfter nach Bautzen reisen. In dem neuen Gebäude sollten/wurden Zierkerzen ausschließlich für den Export (NSW) hergestellt. Auch erfuhr ich von folgenden Firmen, die dort Arbeiten von Häftlingen ausführen ließen: RAFENA Radeberg, Hellerauer (Möbel-) Werkstätten, Drucktechnische Firmen...u.a.!

**Ergänzung S. 9 „Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften“: HwG-Personen – Die im Beitrag in Klammer gesetzte Anmerkung mit Anführungszeichen kennzeichnet ein verkürztes Zitat aus Wikipedia. „HwG-Personen usw.“ (HwG: Häufig wechselnder Geschlechtsverkehr, Anm. der Redaktion). Weiterführende Literatur:** Maximilian Schochow, Florian Steger: Zwangs eingewiesene Mädchen und Frauen in Venerologischen Einrichtungen. In: Deutschland Archiv. Bundeszentrale für politische Bildung, 18. Januar 2020, Christian Sachse, Stefanie Knorr, Benjamin Baumgart: Historische, rechtliche und psychologische Hintergründe des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in der DDR. Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, Oktober 2017. – Internet: [https://de.wikipedia.org/wiki/H%C3%A4ufig\\_wechselnder\\_Geschlechtsverkehr#cite\\_note-10](https://de.wikipedia.org/wiki/H%C3%A4ufig_wechselnder_Geschlechtsverkehr#cite_note-10)

**Fotos S. 15** zum Beitrag Alexei Nawalny. Die Fotos sind von Peter Bennewitz.

**Der Wochenrückblick** ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre E-Mail-Adresse erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an [wochenrueckblick@uokg.de](mailto:wochenrueckblick@uokg.de)**. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. Das UOKG-Team wünscht Ihnen eine informative Lektüre. **Internet:** <https://www.uokg.de/wochenrueckblick/>

**Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften!** Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnstiftende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

**Digitaler „stacheldraht“:** Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

**Abonnenten** können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **Redaktionsadresse E-Mail an: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)**

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

**Verkaufspreis: 1 Euro/Ausgabe, 9 Euro/Jahr**

**Die UOKG im Internet:** <https://www.uokg.de/>

**Facebook:** [https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de\\_DE](https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE)

**Wikipedia:** [https://de.wikipedia.org/wiki/Union\\_der\\_Opferverb%C3%A4nde\\_Kommunistischer\\_Gewaltherrschaft](https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft)

**Redaktionsschluss Impressum letzte Seite.**

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

**Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben:** Ritzschke, Jürgen; Schneider, Cornelia; Heinecke, Andrea; Zutz, Eberhard; Maier, Guido; Müller, Roland; Raschke, Adelheid; Schmiedel, Rainer u. Sigrid; Lidl/Mittrup, Theodor; Raible, Rolf; Hartwig, Bernd Willi Kurt; Fischer, Klaus; Müller, Barbara u. Carsten; Buchin, Klaus; Striss, Michael; Johannsen, Gunter; Hofmann, Erik; Schneider, Cornelia; Steinbach, Roland; Lehmann, Wolfgang; Maedicke, Angelika; Pietzsch, Dr. Henning; Nebel, Roland; Rast, Ute; Irmsch, Helga; Menzel, Peter; Springer, Dr. Hans-Joachim u. Dr. Cornelia; Hill, Konrad; Linde, Reinhard; Bernhardt, Rüdiger; Hartwig, Hagen; BSV-Förderverein für Beratungen e.V.; Ducke, Angelika; BeAuDo gGmbH; Glesel, Katrin, Mittrup, Theo; Linde, Reinhard; Bernhardt, Rüdiger; Winkler, Peter; Schmidt, Ralf u. Angelika

**Spenden für das Kinderkrankenhaus Odessa:** Schuchardt, Jürgen; Flechtmann, Frank; Leonhardt, Rolf u. Dagmar; Hartwig, Bernd Willi Kurt

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage  
10365 Berlin Lichtenberg  
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

#### KONTAKT + ÖFFNUNGSZEITEN

Tel 030 55 77 93 51  
Fax 030 55 77 93 40  
E-Mail [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de)  
Internet: <https://www.uokg.de/verein/beratungsstellen/>  
Montag bis Mittwoch 10.00–16.00 Uhr  
Donnerstag und Freitag 10.00–14.00 Uhr

#### Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin  
Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

#### Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz  
(DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)  
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10  
Persönliche Termine nach Absprache  
E-Mail: [kurtz@uokg.de](mailto:kurtz@uokg.de)

#### Psychosoziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /  
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch  
Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail: [kuhn@uokg.de](mailto:kuhn@uokg.de) / [maltusch@uokg.de](mailto:maltusch@uokg.de)

#### Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.  
Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: [germer@uokg.de](mailto:germer@uokg.de)

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

## Zitat

„Die eigentliche Gefahr für die Demokratie in Deutschland erkennt Hornung vielmehr darin, dass unter sträflicher Vernachlässigung der drängenden politischen Probleme der Gegenwart geradezu autistisch eine vergangenheitszentrierte Spiegelfechterei betrieben und dabei wesentliche Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie, wie das der Meinungsfreiheit, ad absurdum geführt werden.“ Klaus Hornung: Die offene Flanke der Freiheit. Studien zum Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Europäischer Verlag der Wissenschaften, 174 Seiten, Frankfurt a. M. 2001, ISBN-13: 9783631379684; Auszug aus Volker Kronenberg: Die politische Meinung, PM 393/02, Konrad Adenauer Stiftung:

[https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=f32afa76-f99f-f129-db88-c1f010e57f6b&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=f32afa76-f99f-f129-db88-c1f010e57f6b&groupId=252038);

Klaus Hornung (\* 26. Juni 1927; † 13. Dezember 2017) war ein konservativer deutscher Politikwissenschaftler und Publizist. U.a. gehörte er 2001-2003 dem politischen Beirat der Konrad-Adenauer-Stiftung an. Er war Kuratoriumsmitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Am 17. September 1975 erklärte Erich Mielke die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte zum Staatsfeind der DDR und leitete nachrichtendienstliche Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes gegen sie ein. Politikwissenschaftler Hajo Funke kritisierte 2002, dass Hornung „seit zwanzig Jahren eine zentrale Mittlerrolle zu den extremen Rechten“ einnehme. Es gebe „kaum eine rechts-extreme Kulturvereinigung in Deutschland“, „mit der Klaus Hornung nicht kooperiert hätte“.

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
 Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
 Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23  
 Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Internet: [www.uokg.de](http://www.uokg.de)  
 E-Mail: [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de)

**UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:**

Konto: UOKG e.V.  
 IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
 BIC: DEUTDE33HAN

**Verwendungszweck  
 „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“**

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
 Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
 E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

**An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.**



Die Beauftragte der Bundesregierung  
 für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung  
 für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
 E-Mail: [neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com), Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Redaktionsschluss Ausgabe 6/24: 26. Juli 2024  
 Redaktionsschluss Ausgabe 7/24: 06. September 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

